Einzelpreis 20 Mark

Halle, Freitag, den 29. Dezember

Jahrg. 1922 • Nr. 74

Schriftleitung: Harz 42-44 Fernruf Nr. 4667
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 4666. Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 20819 Erfurt. Bezugspreis: wöchentlich 115 Mk., monatlich 460.— Mk. inklusive Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 107,50 Mk. wöchentlich bezw. 430 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatlich 400 Mk. und 30 Mk. Nachsendung. Anzeigenpreise: Die 10 gespaltene Millimeterzeile 30 Mk. als Reklame im Textteil 100 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags für die laufende Nr.

Notwendige Entschlüsse.

Zur Endlösung des Wiedergutmachungsproblems.

Von Rudolf Hilferding.

Zwischen lähmendem Pessimismus und optimistischer Erwartung pendelt die politische Stimmung in Deutschland, so oft eine neue Krise des Reparationsproblems sich ankündigt. Und beides ist gleich gefährlich, weil es das verhindert, was allein helfen kann: das eigene Erkennen und das eigene Handeln. Wenn je, so erfordert die augenblickliche Situation größte Aktivität und stärkste Anstrengung, um die ihr entspringenden großen Gefahren zu verhindern.

Was kann geschehen? Es handelt sich nicht um die Reparationslasten, um die Zahlungsverpflichtungen an sich. Es ist einem wiedergejundeten Deutschland möglich, Zahlungen zu leisten, die auch die wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnisse Frankreichs in weitem Umfange berücksichtigen.

Es handelt sich auch nicht um den Zahlungswillen. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Zahlungen eine politische Notwendigkeit sind, daß darüber hinaus die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens eine moralische Verpflichtung darstellt. Der Standpunkt hat sich durchgesetzt. Er ist zum Inhalt jeder möglichen deutschen Regierungspolitik geworden.

Es handelt sich aber um die Art, wie die Leistungen begrenzt und die Zahlungen ermöglicht werden sollen, nachdem der bisherige Weg zur Verschärfung der Weltkrise, zur Stockung im Welthandel, zur völligen Zerrüttung der deutschen Finanzen und zum Verfall der deutschen Währung geführt hat.

Es müssen also andere Methoden versucht werden. Welche können das sein?

Die Regierung Wirth hat, gestützt auf die große Mehrheit des Reichstags, eine Zwischenlösung vorgeschlagen. Die Regierung Cuno hat diese Politik übernommen und in einem ersten Versuch den Inhalt der Note Wirths unmittelbar vor der letzten Londoner Beratung der alliierten Ministerpräsidenten etwas konkretisiert und erweitert. Die deutsche Regierung hatte sich bereit erklärt, äußere und innere Anleihen aufzunehmen. Die äußere Anleihe sollte ganz, die innere zur Hälfte den Reparationszwecken dienen. Der auf Deutschland entfallende Anteil aus der Anleihe sollte zusammen mit Reichsbankgold der Stabilisierung der Mark dienen, der unumgänglichen Voraussetzung für das Gleichgewicht im Staatshaushalt und der Ordnung der Handels- und Zahlungsbilanz. Als Garantie für die Anleihezinsen hätten Reichseinnahmen, z. B. die Zölle dienen können. Der Plan ist in London abgelehnt worden. Er hat aber immerhin die ernste Absicht bewiesen, zu einer Lösung zu kommen und hat so sicher den anderen Teilnehmern der Konferenz den Widerstand gegen den französischen Plan der Ruhrbesetzung erleichtert.

Die Londoner Konferenz hat aber damit das eine klar gemacht, daß ein gewaltsames militärisches Vorgehen Frankreichs auf starken Widerstand nicht nur seiner Verbündeten, sondern auch der Vereinigten Staaten stoßen würde. Die Gründe liegen auf der Hand. Die Ungelöstheit des Reparationsproblems verewigt die wirtschaftliche Unsicherheit. Die Gefahr der akuten Lähmung der deutschen Wirtschaft durch einen militärischen Vorstoß in das wichtigste mitteleuropäische Wirtschaftszentrum verschärft die Weltkrise. Dieser Aufstand wird schließlich für alle Staaten unerträglich. **Der Welthandel, der im Frieden ungefähr 175 Milliarden Goldmark betrug, ist um ein Viertel, soweit es sich um den Handel mit industriellen Rohstoffen und Fertigfabrikaten handelt, um ein Drittel zurückgegangen.** Die Weltkrise hat England und Amerika durch die außerordentliche Einschränkung der Produktion weit mehr gekostet als je durch Reparationssummen ersetzt werden könnte. Daher das Bestreben der City, das Bestreben der amerikanischen Farmer, endlich Wirtschaftsfrieden in Europa zu schaffen; denn die Wiederbelebung der Wirtschaft, die Herstellung normaler Handelsbeziehungen, die Beseitigung des uns und die anderen gleichmäßig schädigenden Valutadumping, kurz eine neue industrielle Prosperität, ist weitaus einträglicher als Reparationszahlungen.

Gesunde Arbeit aber ist in England und noch mehr in den Vereinigten Staaten die Tendenz immer stärker geworden, zu einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems zu gelangen und so auf die Dauer feste, stabile Verhältnisse zu schaffen. Kein Zweifel, daß die definitive Regelung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus weitaus vorzuziehen ist. Kein Zweifel aber auch, daß die politischen Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen, bedeutend sind.

Eine endgültige Lösung ist nur möglich, wenn die phantastische Summe von 132 Milliarden Goldmark auf ein vernünftiges Maß reduziert wird. An eine Zahlung in diesem Umfange glaubt kein ökonomisch Denkender. Aber Frankreichs Finanzlage ist außerordentlich prekär. Seine innere Verschuldung beträgt ungefähr 100 Milliarden Papierfrank. Die äußere Schuld an England und Amerika beinahe 30 Milliarden Goldfrank. Es ist verständlich, daß die französische Regierung zu der Herabsetzung der deutschen Schuld sich nur verstehen will, wenn England und Amerika auf die französische Schuld ganz oder größtenteils verzichten. Dieser Ausgleich der interalliierten Schulden hat sich aber bisher als unmöglich erwiesen. Die Schwierigkeit rührt daher, daß es sich für die beiden Gläubiger nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern auch um eine eminent politische Frage handelt. Es ist das wichtigste Druckmittel, um die französische Politik zur Einschränkung der See- und Landrüstungen zu bringen. Ungeheuer gestärkt sind die Vereinigten Staaten und das englische Imperium aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Ihr Interesse ist die Wahrung, Festigung und Konsolidierung ihres Besitzstandes. Daher das Streben, neue gefährliche weltpolitische Konflikte zu verhüten, die stärkste Militärmacht zur Rüstungseinschränkung zu drängen. Die Einziehung der Schulden ist dabei das wirksamste ökonomische Druckmittel. Dazu kommt, daß England auf seinen Anteil an der französischen Schuld schwer verzichten kann, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihrerseits England, ihrem stärksten Wirtschaftskonkurrenten, beträchtliche Zugeständnisse machen.

Solange England und die Vereinigten Staaten in der Frage ihrer Schuldenregelung äußerst Zurückhaltung zeigten, war eine Zustimmung Frankreichs zu einer erheblichen Herabsetzung der Reparationsschuld und damit die endgültige Lösung ausgeschlossen. Die Londoner Konferenz hat aber auch gezeigt, daß in dieser Hinsicht eine gewisse Auflockerung stattgefunden hat, daß die Einsicht wächst, nur eine allgemeine Erleichterung der internationalen Schuldverpflichtungen könne ökonomische Gesundung herbeiführen.

So hat sich seit der Londoner Konferenz zum ersten Male die Aussicht eröffnet, daß über eine definitive Lösung gesprochen werden kann, ohne Ziffern nennen zu müssen, die über jede deutsche Leistungsmöglichkeit hinausgehen. **Da eine solche Lösung aber zugleich im internationalen wie im stärksten Interesse Deutschlands liegt, ist es notwendig, daß wir mit einem ganz konkreten Plan für die definitive Regelung an die Alliierten herantreten, um nicht wieder vor Diktate und Ultimaten gestellt zu werden.**

Die Aufgabe ist furchtbar schwierig. Sie wäre es schon in normalen Zeiten. In den Zeiten des Budgetwirrwarrs und des Währungszerfalls wird die Schätzung der deutschen Leistungsmöglichkeit zu einem ungeheuren Wagnis. Aber müssen wir es nicht versuchen, und können wir es nicht noch immer leichter als irgendwelche außerdeutschen Sachverständigen? Bleibt uns etwas anderes übrig, um der drohenden Gefahr einseitigen gegnerischen Urteilsspruchs zu begegnen?

Unter allen Umständen wird die Regierung eines vermeiden müssen: sie darf Deutschland nicht zum zweiten Male einer Situation aussetzen, der wir im Frühjahr 1921 in London durch das ungenügende und unvorbereitete Anerbieten der Regierung Fehrenbach-Simons ausgesetzt waren. **Die Regierung wird an die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehen müssen, ohne sich durch den Druck interessierter Wirtschaftskreise oder unpolitischer und unverantwortlicher Draufgänger beeinflussen zu lassen.** Es muß eine Summe angeboten werden, die einigermaßen der Vorstellung entspricht, die im anderen Lager auch von denjenigen erwartet wird, die sich von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen. Ein gewisser Anhaltspunkt bietet sich dafür in dem Londoner Zahlungsplan selbst. Dieser hat die Gesamtschuld

Holzaktion und Reparationsfrage

Die Ursachen des Konflikts.

Amtliche Darstellung über die bisherigen Holzlieferungen. — Der Streit um einen Eierkuchen. — Eine Glanzleistung deutscher Diplomatenungeschicklichkeit. — Keine Rede von einer Besetzung der Ruhr.

Aus Anlaß des Beschlusses der Reparationskommission über die „Nichterfüllung" der deutschen Holzlieferungen, die in dem jetzt vorliegenden amtlichen Text übrigens nicht als „vorsätzliche Nichterfüllung" bezeichnet wird, übermittelt die Reichsregierung dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst eine Darstellung über die bisherigen Holzlieferungen. Hieraus geht hervor, daß die Ansprüche der Alliierten erst am 20. April 1922 vollständig gemeldet wurden, daß aber trotz dieses Zeitverlustes mit Unterstützung der Länder alles getan wurde, um einen ordnungsgemäßen Gang der Lieferungen zu sichern. Anfangs schienen diese Erfolge der Regierung sich gut auszuwirken; der Marksturz im Sommer vernichtete aber alle Berechnungen. Die Lieferanten konnten mit den Vertragspreisen die Unkosten nicht mehr decken und stellten die Lieferungen ein. In neuen Verhandlungen gelang es, auf der Basis von Goldmark neue Lieferungsverträge abzuschließen. Außer diesen Schwierigkeiten stellten sich andere infolge der Handhabung der Annahmebedingungen durch die Vertreter der alliierten Länder ein, die schärfere Anforderungen stellten, als nach den Protokollen vorgesehen war. Die deutschen Lieferanten weigerten sich, unter diesen Umständen ihre Lieferungen fortzusetzen, andere zogen die Angebote zurück. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es gelungen, bis zum 15. November den Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sicherzustellen; auch die Schnittholzlieferungen für Frankreich sind aufgebracht, und die für England vorgesehene Probelieferung von 10 000 Kubikmetern wird bis um Ende dieses Jahres erfüllt werden. Die außerdem angeforderten 70 000 Schwellen sind bereits abgeliefert.

Ungünstiger liegen die Verhältnisse bei den Telegraphenstangen, weil die von den alliierten Ländern geforderten Abmessungen eine besondere Aussortierung des in Deutschland handelsüblichen Materials erforderlich machten. Auch die strenge Durchführung der für die Imprägnierung vorgesehenen Bedingungen hat dazu geführt, daß ein größerer Posten Telegraphenstangen nicht zur Ablieferung gelangen konnte.

Bei der Lieferung von Grubenholz entstanden ebenfalls Schwierigkeiten, weil die im Januar gestellte Anforderung von Langholz am 24. März auf Grubenholz, lieferbar in kurzen Stempeln, umgeändert wurde. Die Erzeugungsmöglichkeit aus dem Einschlag 1921/22 für diese kurzen Stempel war um diese Zeit bereits vorüber, so daß zur Erzeugung der geforderten Quantitäten der am 1. Oktober 1922 begonnene neue benutzt werden mußte. Das Lieferungsprotokoll vom 24. März trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem es die Lieferfrist bis Ende Februar 1923 festsetzt. An Italien müssen noch 65 000 Kubikmeter Schnittholz geliefert werden. 30 000 Kubikmeter waren bereits durch einen von der italienischen Regierung genehmigten Vertrag von einer deutschen Firma angekauft worden. Nachträglich forderte aber der italienische Annahmedienst eine Veränderung der vorgesehenen Abnahmeformalitäten, die zu erfüllen die deutsche Firma sich weigerte. Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten hat die deutsche Regierung um eine Verlängerung der Uebergabe und Lieferungszeiten bis zum 1. April 1923 gebeten.

Anschließend hieran wird noch festgestellt, daß der Wert der nicht gelieferten Mengen unter Zugrundelegung der Gutschriftpreise der Reparationskommission etwa 2½ Millionen Goldmark beträgt. Wenn es auch nicht gelungen ist, die vorgesehenen Liefermengen in dem vorgeschriebenen Zeitraum zur Ablieferung zu bringen, so glaubt die deutsche Regierung doch den Nachweis erbracht zu haben, daß sie im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands alle Anstrengungen gemacht hat, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine Verfehlung Deutschlands kann demnach keineswegs als vorliegend angesehen werden.

*

Die heftige Kritik, die das Vorgehen der französischen Regierung allenthalben, nicht nur in Frankreich, gefunden hat, scheint nun auch in den Kreisen der Reparationskommission sehr abkühlend gewirkt zu haben. So wird aus diesen Kreisen bereits gemeldet, daß alle in der Presse erschienenen Nachrichten stark übertrieben seien. Die Sache liege so, daß nach der Feststellung der deutschen Verfehlung den alliierten Regierungen nichts anderes zu tun übrig bliebe, als Deutschland aufzufordern, unverzüglich den Wert der nicht ausgeführten Sachlieferungen zu zahlen. **Von einer Besetzung der Ruhr zu sprechen, sei eine Uebertreibung.** Poincaré werde nicht allein handeln, solange nicht alle Mittel und Wege erschöpft seien.

Nach alledem scheint nun auf allen Seiten das Bestreben vorzuherrschen, den neuesten Konflikt auf gütlichem Wege beizulegen. Auf jeden Fall bedeutet aber dieser Konflikt, wie der „Vorwärts" ganz richtig betont, einen sehr unangenehmen Zwischenfall. Es war kein Meisterstück der deutschen Politik, in einer Zeit schwerwiegendster Entscheidungen Herrn Poincaré einen so wichtigen taktischen Vorteil einzuräumen und Deutschland so sehr in Nachteil zu setzen. Und dies wegen einer Angelegenheit, die im Vergleich zu den großen weittragenden Entscheidungen, um die es sich jetzt handelt, eine Winzigkeit bedeutet. Es muß schon mit ungewöhnlichem Ungeschick von den deutschen Unterhändlern vorgegangen worden sein, daß es zu einem solchen Ausgang kommen konnte. Das ist die Folge der verhängnisvollen Methode, die auch dem Wiederaufbauministerium beliebt, fast ausschließlich auf den Rat von Interessenten zu hören und diese Interessenten mit Sachverständigen zu verwechseln. Nur so war es möglich, dem eifrigen Bestreben Herrn Poincarés, eine „absichtliche Verfehlung" Deutschlands zu konstatieren, den von ihm so heiß ersehnten Vorwand zu liefern.

Der deutsche Vorschlag für Paris

Eine endgültige Lösung. — Die „Opferfreudigkeit" der Industrie. — Keine einheitliche Auffassung der Regierung. Ein neuer kritischer Reparationsplan.

Die Reichsregierung soll sich am Donnerstag über die wesentlichen Grundlinien der nach Paris zu richtenden Vorschläge nach langem Hin und Her schließlich geworden sein. Für Freitag ist deshalb eine abschließende Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft beabsichtigt, aus der sich vor allem endgültig ergeben muß, wie groß die „Opferfreudigkeit" der Industrie ist.

Bei dem nach Paris zu übermittelnden Vorschlag handelt es sich nach unseren Informationen in der Hauptsache um einen Plan, der eine endgültige Lösung vorsieht und in dem eine feste Summe, die nach Ansicht der Regierung der deutschen Leistungsfähigkeit entspricht, angegeben werden wird. Auch sind bestimmte Garantien vorgesehen, die hauptsächlich von der Industrie getragen werden sollen, die zu tragen sich die Industrie bisher aber nicht bereit erklärt hat. Im Verlauf der Kabinettsberatungen haben innerpolitische Motive, die von dem Reichswirtschaftsminister Becker und dem Reichsaußenminister verfochten wurden, eine gewisse Rolle gespielt. Der vorgesehene Plan an sich stellt deshalb ein Kompromiß zwischen der Auffassung der einzelnen Regierungsmitglieder dar. Eine einheitliche Auffassung, insbesondere über die Höhe der anzubietenden Summe, konnte nicht zustande kommen.

Langsam beginnt man jetzt auch in den Ententestaaten Vorbereitungen für die am 2. Januar in Paris beginnende Konferenz zu treffen. Bonar Law soll z. B. einen neuen britischen Reparationsplan ausgearbeitet haben, über den auch er mit Deutschland zu verhandeln gedenkt. Das Programm scheint der Pfänderpolitik Poincarés insofern entgegenzukommen, als es sich zu Sanktionen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß der von Deutschland zu zahlende Betrag auf eine vernünftige Summe herabgesetzt wird, aber die Sanktionen erst dann in Kraft treten sollen, wenn Deutschland die Zahlung dieser herabgesetzten Summe nicht ordnungsgemäß leistet.

Sollte über die Reparationsfrage im allgemeinen eine Einigung in Paris zustande kommen, dann will der englische Ministerpräsident Vorschläge über die Lösung der Frage der alliierten Schulden machen. Während also auf der letzten Londoner Konferenz das Reparationsproblem mit der Frage der interalliierten Schulden verknüpft wurde, soll jetzt jede Frage einzeln behandelt werden. Schon daraus ist zu entnehmen, daß ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich auch in Paris nur schwer zustande kommen wird.

Vormittag 10 Uhr: Dollar 7545

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221229-14/fragment/page=0001

von 132 Milliarden in drei Abschnitte zerlegt: Serie A von 12, Serie B von 88 und Serie C von 82 Milliarden. Auf die sofortige Verzinsung der letzten Serie ist in dem Zahlungstermin selbst verzichtet worden. Das zeigt immerhin, daß schon damals den Alliierten diese Summe unrealisierbar erschien. Anders steht es nach deren Meinung mit den beiden ersten Abschnitten. Sie geben einen Anhalt, wie drüben die deutsche Leistungsfähigkeit beurteilt wird.

Die zweite Gefahr, die zu vermeiden ist, besteht in dem Verlangen nach produktiven Pfändern. Die französische Regierung erklärt, daß sie unmittelbar greifbare Garantien dafür haben muß, daß Deutschland, sei es bei der definitiven, sei es bei der Zwischenlösung, die Zeit benutzt, um die Mark zu stabilisieren, das Budget zu ordnen und so seine Zahlungsfähigkeit für die Zukunft zu sichern.

Hier liegt die größte und akuteste Gefahr. Geringere Widerstände als einem militärischen Vorgehen stehen dieser Forderung entgegen. Denn Gläubigerrecht ist es, vom Schuldner Sicherheit für Zahlungsaufschub oder Erleichterung zu verlangen. Wir aber müssen fürchten, daß es sich bei der französischen Forderung gar nicht um Erwägungen, sondern um dieselbe Politik handelt, die nach der Besetzung des Ruhrgebiets und nach der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesatzung trachtet. Und die „friedliche Durchdringung" die durch die Verpfändung der Staatsbergwerke und Staatsforsten eingeleitet würde, könnte unter Umständen gefährlicher werden, als gewaltsames Vorgehen.

Deshalb ist es notwendig, daß die Regierung selbst hinreichende Garantien anbietet für die Innehaltung unserer Zahlungsverpflichtungen. Ein Teil dieser Garantien kann in Reichseinnahmen, z. B. in Zöllen bestehen. Aber das genügt nicht. Die französische Forderung geht nach privatrechtlich gesicherten, nach produktiven Pfändern. Soll das Staatsvermögen vor der Erfassung bewahrt bleiben, so muß eine andere, ökonomisch gleichwertige, aber politisch unbedenklichere Garantie gegeben werden können. Das ist die Leistung, die jetzt die bürgerliche Regierung, die Regierung, deren Diskreditierbarkeit durch keine Unterschrift eines sozialistischen Ministers gemindert ist, von den zahlungskräftigen Trägern der Wirtschaft fordern muß. Die haben immer erklärt, so oft die Regierung Wirth das „sichtbare Opfer des Besitzes", die Unterführung der Wirtschaftskreise, forderte: Wir gehen aufs Ganze; nur keine halben Lösungen! Wenn es zur definitiven Regelung kommt, sind wir bereit. Nun ist der Augenblick da. Die Bereitschaft ist notwendig, um die letzte und vielleicht gefährlichste Bedrohung deutschen Landes, deutscher Einheit abzuwenden. Es ist zugleich die politische Schicksalsfrage für das Kabinett Cuno. Eine letzte, politische Erwägung stellt sich noch ein.

Frankreich begründet sein hartes Vorgehen immer wieder mit der Notwendigkeit der Sicherung. Ein finanziell zerrüttetes, schuldenbelastetes Frankreich würde bald, so fürchten viele Franzosen, einem wirtschaftlich erstarten Deutschland gegenüberstehen, allen Gefahren ausgesetzt, die stärkere Volkszahl, größere Wirtschaftskraft des Gegners ihm bringen könnten. Es ist gerade vom deutschen Standpunkt aus ein Verhängnis gewesen, daß der englisch-amerikanische Garantievertrag mit Frankreich nicht zustande gekommen ist. Und nichts läge mehr in unserem Interesse, wenn England zu einem Defensivbündnis mit Frankreich sich bereit erklärte. Was Deutschland politisch tun könnte, um in Frankreich das Gefühl der Sicherheit zu verstärken, dazu wäre die überwältigende Mehrheit bereit, sei es durch Beitritt zu einem solchen Sicherungsvertrag, sei es auf dem Wege des Eintritts in den Völkerbund. Nur gegen einen Weg der Sicherung würde die äußerste Kraft des deutschen Volkes sich wenden, gegen den Weg der Losreißung deutschen Landes oder der Lockerung seiner Einheit.

Weil diese Gefahr groß ist, muß die Regierung handeln, muß sie zeigen, daß Deutschland bereit ist, an die äußerste Grenze zu gehen, um mitzuarbeiten, der Welt den Wirtschaftsfrieden, Frankreich die Erfüllung seiner berechtigten Forderungen, dem deutschen Volke selbst Rettung vor dem politischen und wirtschaftlichen Verfall zu bringen.

Der Pleitegeier über der KPD.

Wenn der Rubel nicht mehr rollt.

Die Berliner „Rote Fahne" sieht sich gezwungen, vom 1. Januar 1923 an das Abendblatt einzustellen, so daß das als Manuskript für die geistig arme Provinzpresse gedruckte Zentralorgan der KPD. in Zukunft nur einmal am Tage über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften schimpfen wird. In einer phrasengeschwollenen Kundgebung an die Leser erklärt das Blatt, aus der Aenderung seiner Erscheinungsweise könne nicht geschlossen werden, daß die Kommunisten bankrott sind. Es sei „leider" nicht wahr, daß sie aus Moskau Millionenzuschüsse für ihre Zeitungen erhalten.

Darf man fragen, seit wann diese Millionenzuschüsse nicht mehr zur Verfügung stehen? Vor einiger Zeit wenigstens bekam man monatlich noch eine ganz stattliche Anzahl von Millionen. Offenbar aber sind die deutschen Kommunisten in Moskau in Ungnade gefallen, und jetzt, da der Rubel nicht mehr rollt, zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie bankrott sie in der Tat sind.

„Turnvereine" mit Schießabteilungen. Den „Frankfurter Nachrichten" zufolge wurden in Mannheim etwa 20 jüngere Leute verhaftet, die einem vor kurzem gegründeten Turnverein bzw. einer Schießabteilung angehörten. Das beschlagnahmte Vereinsmateriel, Schriftstücke und zwei Gewehre mit Munition, lassen darauf schließen, daß es sich hier um eine verbotene Vereinigung handelt.

Auch eine Antwort!

Reichskanzler Cuno hat keine Zeit, über die Nöte der Arbeiterschaft zu verhandeln. — Redensarten, nichts als Redensarten.

Drohende Streikgefahr bei den Eisenbahnern.

Berlin, 29. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurden am Donnerstag vom Reichskanzler empfangen. Cuno erklärte, daß er bisher keine Zeit gehabt habe, die Gewerkschaften zu hören, blieb den Gewerkschaften auf die fünf gestellten Fragen aber jede positive Antwort schuldig. Seine Mitteilungen bestanden in allgemeinen Redensarten, enthielten nichts Neues und kennzeichneten die mangelhafte Regierungskunst dieses bürgerlichen Kabinetts.

•

Das ist eine Antwort, wie man sie eben nur von einem Reichskanzler Cuno erwarten konnte. Wir kommen auf die Angelegenheit noch näher zu sprechen, sowie uns der ausführliche Bericht vorliegt. Die Erregung der Arbeiter, Angestellten und Beamten über die unbefriedigenden Maßnahmen des bürgerlichen „Kabinetts der Arbeit" ist groß. Die ungeheuerliche Brotpreiserhöhung, die Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergesetzes, die fast völlige Untätigkeit auf dem Gebiete der Wucherbekämpfung, die immer schärfere Formen annehmende Wohnungsnot haben eine Stimmung geschaffen, die das schlimmste befürchten läßt. Die völlig unbefriedigende Aufbesserung der Lohn- und Gehaltsbezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden hat diese Erregung so gesteigert, daß in den verschiedensten Bezirken mit der Möglichkeit des Streiks gerechnet werden kann. Die Vertreter der Spitzenorganisationen, die bekanntlich schon bei den letzten Verhandlungen in der Zeit vom 11. bis 13. Dezember und außerdem erneut am 19. Dezember die Regierung auf diese Gefahr hingewiesen hatten, traten am 28. Dezember zu einer weiteren Aussprache zusammen, um zur augenblicklichen Situation Stellung zu nehmen. Nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände wurde der Beschluß gefaßt, der Reichsregierung, dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichspostministerium eine schriftliche Eingabe zu übermitteln, in der es u. a. heißt: „Die Organisationen erbieten aus den Kreisen ihrer Verwaltungsstellen und Funktionäre viele Hunderte von Protestschreiben, die erkennen lassen, daß eine hochgradige Erregung, wie sie nie zuvor bestanden hat, allenthalben vorhanden ist. Die weitersteigende Teuerung hat die vorhandene Notlage bis zur Unerträglichkeit gesteigert und die ablehnende Haltung der Regierung, die Dezember-Bezüge nach dem Wunsche der Organisationen einer Revision zu unterziehen, hat den Unmut des Personals noch beträchtlich erhöht." Die Reichsregierung wird ersucht, mit größter Beschleunigung neue gemeinsame Verhandlungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter über eine zeitgemäße Neuregelung der Bezüge anzusetzen. Es darf erwartet werden, daß die Reichsregierung dem Verlangen der Spitzenorganisationen schleunigst stattgibt und etwas unternimmt, ehe es zu spät ist.

Deutsch-völkische Enthüllungen.

Eine deutschvölkische Kriegserklärung an die Deutschnationalen.

Während die deutschnationale Presse Berlins bei den abgesplitterten Deutschvölkischen mit erhobenen Händen um gutes Wetter bittet, reist der Abg. Hennig im Lande herum, um gegen die Deutschnationale Partei das Kriegsbeil zu schwingen. Vor einigen Tagen sprach dieser uniformierte Reisepropagandist, wie bereits berichtet, in Halle über die Gründung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei", die im Kampfe gegen die Deutschnationalen erfolgt sei. Als kennzeichnend für den systematischen Ausschluß der Völkischen aus der Helfferich-Partei führte er einen Ausspruch eines Führers an, der folgendermaßen lauten soll: „Wenn nicht endlich die Völkischen rausgeschmissen werden, dann bekommt die Deutschnationale Partei von der Industrie keinen Pfennig mehr." Die heutige Regierung bezeichnet Hennig als ein „geistiges Bordell", das nur zu überwinden sei, wenn man nach Osten schaue und sich die Taten der Kunze und Hitler zum Vorbild nehme.

In der Diskussion wurde bedauert, daß keine Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei anwesend seien, „der man doch so manches ins Gesicht schleudern müßte". Ein Landwirt richtete an seine Berufskollegen den Appell, „nichts an das Judentum zu verkaufen".

Im Schlußwort richtete Major Hennig scharfe Angriffe gegen den Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei, der es den deutschvölkischen Abgeordneten verbot, Versammlungen abzuhalten, weil die Wählerschaft „von der völkischen Idee nichts wissen" wolle. Mancher Kommunist würde sich schämen, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Herr Hennig erzählte u. a. auch folgende Geschichte: „Bei einem Zusammensein im Dessauer Garten zu Berlin gab es eine Auseinandersetzung über den Krieg, und plötzlich lümmelte sich der Abg. Graef (Anklam) in flegelhafter Weise zu unserem Tisch herüber und sagte:

„Nicht die Juden, sondern die Offiziere sind am Zusammenbruch Deutschlands schuld.

Von Hindenburg an waren sie alle Sch....er und politisch unreif." Diese Aeußerung soll Hergt mit der angeblichen Trunkenheit von Graef (Anklam) entschuldigt haben. Versprochen wurde, daß Graef sein Amt als Geschäftsführer niederlegen müsse; jetzt aber sei dieser Mann sogar neugewählt worden.

Zur Frage der Staatsreform erklärte der Redner: „Es kann uns gleichgültig sein, ob Monarchie oder Republik; die Staatsform wird sich ergeben, wenn wir eine völkische Regierung haben." Auf die Frage, ob man als Mitglied der Nationalsozialisten auch gleichzeitig Mitglied der Völkischen Partei sein könne, antwortete er: „Bleiben Sie bei Ihrer Organisation und wirken Sie im völkischen Sinne. Wir wollen den einzelnen Verbänden nicht ihre Mitglieder abtreiben, sondern die Gesamtorganisationen zu uns herüberziehen. Die Einzelorganisationen finden, falls man sie auflöst, jederzeit bei uns Unterschlupf." Natürlich „denkt" Herr Hennig nicht an einen Putsch, aber dennoch äußerte er: „Wir müssen uns organisieren und nicht davor zurückschrecken, unsere Fäuste zu gebrauchen. Wer es wagt, unsere Versammlungen zu stören oder zu sprengen, kriegt Dresche. Wenn bei einem Streik Arbeitswillige durch die begahlten roten Streikposten belästigt werden, dann sollen sie durch einige unserer Hundertschaften vor diesen Lümmels geschützt werden." Diese letzte Aeußerung läßt darauf schließen, daß die Industriegeber doch nicht kampflos der deutschnationalen Konkurrenz überlassen bleiben sollen. Zum Schluß wurde dem Mammonismus und dem Marxismus heftigste Fehde angekündigt. Der alte Frontgeist müsse wieder aufgerichtet und die sozialen Volksgemeinschaft unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen hergestellt werden. Es erübrigt sich, zu betonen, daß die Erfüllungspolitik schärfste Ablehnung fand.

Die Lage in Polen.

Warschau, 28. Dezember. (Eig. Bericht.) Nach den Unruhen der letzten Wochen und Monate, die sich bis zu blutigen Straßentumulten und zum Meuchelmord an dem ersten polnischen Präsidenten steigerten, ist in den innerpolitischen Verhältnissen Polens eine vorläufige Entspannung eingetreten. Nachdem die Rechte mit der wüstesten Hetze um die Macht im Parlament und um den Präsidentenposten gekämpft hat, hat sie endlich ihre Niederlage zugestanden und sich mit den bisherigen Ereignissen abgefunden. Freilich gibt es noch eine Position, um die die Rechte einen erbitterten Kampf führen wird, nämlich die Bildung des neuen Kabinetts. Das Uebergangskabinett, das nach der Ermordung Narutowiczs berufen wurde, kann schon wegen seiner unzureichlichen Zusammensetzung nicht von Dauer sein. Bald nach Jahresbeginn wird die Frage der endgültigen Kabinettsbildung aufgerollt werden. Ueber ihre Entscheidung läßt sich bei der ausschlaggebenden Stellung der Witosschen Bauernpartei schwer etwas voraussagen. Wahrscheinlich wird diese Kabinettsbildung wieder zeigen, daß eine natürliche regierungsfähige Mehrheit in Polen nicht vorhanden ist. Zum guten Teil ist dies die Folge einer politischen Unreife, die sich historisch aus den abnormen politischen Bedingungen der verschiedenen polnischen Teilgebiete vor der Neugründung des polnischen Staate erklärt. Der blindwütige Haß der Posener Nationaldemokraten — und Posen ist die Hochburg des polnischen Chauvinismus — gegen Deutschland und alles Deutsche ist beispielsweise die unmittelbare Folge der preußischen Ostmarkenpolitik. So rächen sich alte Sünden.

Die Vorgeschichte des Völkermordens.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß

zur Prüfung der Vorgeschichte des Krieges trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der der Sekretär des Ausschusses Dr. Fischer als Sachverständiger seinen Bericht über die auswärtigen Beziehungen von der Zeit Bismarcks bis zum Weltkrieg zu Ende führte.

Aus der Partei.

Wilhelm Klees gestorben.

Im Alter von 82 Jahren starb in Magdeburg unser Genosse Wilhelm Klees. Der Alte hat der Partei fast seit ihrem Bestehen angehört. Kurz nach Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863 schloß sich der damals 26 Jahre alte Zigarrenmacher dieser unter Lassalles Führung ins Leben gerufenen Organisation an. Während des Parteistreites von 1869 bis 1875 gehörte Klees nicht zu den „Lassalleanern", sondern mit Bebel und Wilhelm Liebknecht zusammen zu den „Eisenachern". Unter dem Einigungsaufruf von 1875 steht auch der Name des Genossen Klees. Als er 58 Jahre alt geworden war, 1890, wurde er in Magdeburg Stadtverordneter. Er blieb es bis 1897. Von 1898 bis 1903 war er für den Wahlkreis Magdeburg, von 1903 bis 1907 für den Wahlkreis Sorau-Forst Mitglied des Reichstags. Bis in die Gegenwart hinein war Klees unermüdlich und leidenschaftlich für die Partei tätig. Seit Mai 1919 gehörte er dem Magistrat von Magdeburg als unbesoldeter Stadtrat an.

Eine neue sozialistische Partei in Frankreich.

Die aus der Kommunistischen Partei ausgeschiedenen Gruppen haben am Sonntag zu Dijon eine neue sozialistische Gruppe gebildet, die sich „Sozialistische föderative Union" nennt und ihren Sitz in Paris hat. So erfreulich die Abkehr von den Moskowitern war, so überflüssig und schädlich ist diese neue Parteigründung. Auch dem französischen Sozialismus kann nur die Einigung nutzen.

Der Stierkämpfer.

Von Emilie Verhaeren.

Anläßlich meines letzten Aufenthalts in San Sebastian hatte mir Dario von Regonos bei Vicenta Cruz Quartier bestellt und bereitgehalten. Er selbst nahm da seine täglichen Mahlzeiten ein, und Vicenta Cruz sorgte in Erinnerung an Darios Mutter, die ihr einst gut gewesen war, nach ihren besten Kräften für uns. Das im dritten Stockwerk gelegene Speisezimmer ließ zwar, was Reinlichkeit betrifft, zu wünschen übrig, aber Vicenta Cruz wußte einige französische Gerichte anständig zuzubereiten. Die helle Sardine und der dunkle Braunfisch schienen mir vorzüglich, wenn Dario sie lobte und vor mir kostete, wobei die herrlichen weißen Zähne in seinem Munde leuchteten.

Vicenta Cruz war, obwohl sie es ablehnte, äußerst fromm. Sie weigerte sich, Französisch zu lernen, da sie behauptete, daß man nur im Spanischen gut beten könne. Um unsere Tischgespräche zu überwachen, hatte sie ganz in unsere Nähe einen großen mageren und wild aussehenden Christus gestellt, dem Dario hatte anvertraut: „Er wird euch hören; ich kann euch nicht verstehen." Kaum daß abends der Tisch abgedeckt war, noch ehe wir ihr Haus verlassen hatten, versammelte sie ihre vier Kinder um den Gekreuzigten und ließ sie das heilige Ebenbild inbrünstig küssen.

Ich war mir bald bewußt, daß der große magere und wild aussehende Christus der wahre Herr des Hauswesens war. Vicenta Cruz räumte ihm alle Macht ein. Ihr Mann, ihr Sohn, ihre drei Töchter und sie selbst waren ihm untertan. Man fragte ihn bei jedem Unternehmen um Rat, man mengte ihn in den täglichen Kummer, in alle Traurigkeiten, er war für das Glück und Unglück der Familie verantwortlich.

Als ich Vicentas unbedingtes Vertrauen zu ihrem Gott erkannte, erfüllte mich eine wahre Ehrfurcht. Ich bewundere sie, ich war ehrlich, leidenschaftlich, begeistert.

Da die jährlichen Festlichkeiten von San Sebastian nahten, waren einige Picadores*) und bald auch der Torero**) Juan Bastida, von seiner Frau Mercedes begleitet, in unserer Herberge abgestiegen. Nachdem man einen Tag bald auf der Stiege, bald im Vorzimmer dicht aneinander vorübergeschritten war, machten wir mit den neuen Gästen Bekanntschaft, und unser Tisch wurde noch am selben Abend dem der Picadores und ihres Meisters näher gerückt. Dario schilderte mir die großen Leistungen Bastidas in Cordova, Sevilla, Madrid, Pamplona und Granada; seine Haut wies vierunddreißig Wunden auf. Hundertmal hat er mit einem einzigen Schwertstreich den Stier niedergemacht. Mit sicherem Blick durchschaute er seinen Gegner, er spielte mit seiner Wut, und niemals täuschte ihn seine hinterlistige, stolze Agonie. Mit der Faust auf dem Tisch erklärte er: „Ich kenne die Tiere besser als Frauen." Senorita Mercedes Bastida fächelte und warf ihm eine Blume zu.

Fröhlich und hell begann der Tag des Stiergefechts. Alle Glocken läuteten den Sonntag ein. In der Kirche kringelte die Sonne um die Altäre tausenderlei Verzierungen. Jede Kerzenflamme war wie eine kleine, lebendige Seele, die zu Gott aufsprebte.

„Wir werden, während Bastida kämpfen wird, hier zu Hause vor unserem Christus beten, beschloß Vicenta. Mercedes, die jedesmal zitterte, wenn ihr Mann dem Stier gegenüberstand, hatte zum Dank ihr beide Hände gedrückt. „Das ist im Baskenland so Brauch", bekrite Vicenta.

Es war 2 Uhr nachmittags. Schon strömte von allen Seiten die Menge herbei. Bastida und seine Gehilfin bestiegen einen vierspännigen Wagen und begaben sich gleichfalls zur Arena. Wir folgten ihnen.

Jedermann begrüßte sie stürmisch. Während der Fahrt sprach der Torero kaum; beim Eintreten sagte er: „Glücklicherweise beten die Frauen für uns."

Der Zirkus lag in voller Sonne. Die runden Galerien, die von Frauen in Mantillas und hunten Miedern besetzt waren, bildeten um die weiße Bahn eine Art goldenen Reifen. Aufregung und Ungeduld herrschten allenthalben. Man sprach über die Stärke eines Stieres, der aus Salamanca gekommen; er habe einen ungeheuren Nacken, und seine Hörner seien riesigen Stacheln gleich. Die Fächer bewegten sich, als wollten sie die allgemein angstvoll empfundene Erregung ausdrücken. Die ersten Gänge wurden rasch durchgeführt. Bei dem fünften erschien der riesenhafte Stier an der Schwelle des Stalls. Er schaute. Regte sich nicht. Und die Stille, die seine Gegenwart allein dem Publikum einflößte, war schon Vorgefühl des entsetzlichen Schauspiels, das sich abspielen sollte.

Die Pferde der Picadores wurden zu Boden gerannt und mit Wut bearbeitet. Wie geschickt auch die Banderillos, die bebänderten Stacheln, geworfen wurden, sie dämpften nicht den rasenden Ansturm des Tieres. Vergebens suchte man es durch Blutverlust zu erschöpfen, noch mit voller Kraft stellte es sich dem nackten Schwert Juan Bestidas.

Der Torero war bewundernswert an Führheit und Geschmeidigkeit. Nur durch ein einfaches, rasches Abbiegen der Hüfte, bald rechts, bald links, beinahe ohne sich vom Platze zu rühren, vermied er die Stöße seines Gegners. Die Gefahr näherte sich ihm, streifte ihn, berührte ihn sogar. Der Stier erbolte gegen die hingehaltenen Bissen, seine mächtige Stirn berührte die Erde und riß sie auf. Er stürzte auf den Mann los, um ihn in Stücke zu zerreißen, aber dank einer besonders geschickten Finte finden die Hörner in ihrer Wut nur Fetzen des wehenden Windes auf.

Die Zuschauer in allen Rängen klatschten Beifall. Die Frauen beugten sich mit angehaltenem Atem vor und reckten, ohne es selbst zu wissen ihren ganzen Körper gegen diesen schrecklichen und lautlosen Kampf.

Der Stier, der in allen seinen Angriffen enttäuscht worden war, stielt sich nun auch unbeweglich! Er hob und senkte mechanisch den Kopf, und seinem Auge entglommen ein wildes, böses Licht. Juan Bastida wich einige Schritte zurück, und nachdem er einen kurzen, raschen Sprung genommen, stemmte er den Fuß auf die Stirn des Stieres, um sich auf seinen Rücken zu schwingen. Der Sprung war märchenhaft. Doch als er die Erde berührte, glitt der wunderbare Torero aus und stürzte hin. Das Tier wandte sich, stieß vors Schreie, Gestimmel, Schrecken und Tod.

Die Knechte konnten durch das Schwenken ihrer roten Mäntel nur mit Mühe das Tier von seiner Rache und verbissenen Wut ablenken. Juan Bastida war, als man ihn aus der Arena trug, nur noch ein Fetzen Fleisches. Er verschied ohne Beichte.

Die zwei Frauen Vicenta Cruz und Mercedes Bastida beteten noch vor dem Christus, als sich das Gerücht des entsetzlichen Geschehnisses in der Stadt verbreitete. Vicenta beugte sich aus dem Fenster, während Mercedes alles erriet, heulend die Treppe hinabstürzte und zur Arena lief.

*) Picadores = die reitenden Kämpfer bei den spanischen Stiergefechten.

**) Stierkämpfer zu Fuß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221229-14/fragment/page=0002

Der Antisemitismus.

Der Antisemitismus ist in der Zeit steigender Kühnheit der Reaktion eine schwere Gefahr für das Proletariat, schwerer, als für den jüdischen Teil der Bourgeoisie. Der Antisemitismus kann durch seine Hetze einzelnen Juden gefährlich werden; es kann zu Mißhandlungen, zu Mord und Totschlag kommen, aber hinter dem Schutzwall des Antisemitismus lauert geschärft der Kapitalismus, an dem die Begüterten ohne Unterschied ihrer Herkunft gleichen Anteil nehmen.

Die Juden haben sich seit der Eroberung ihres Staates durch das römische Weltreich erhalten; sie haben sich nicht mit der übrigen Bevölkerung derart vermischt, daß ihre Besonderheit verloren ging. Ueberall bis in das achtzehnte, teilweise bis in das neunzehnte Jahrhundert hinein waren sie in Deutschland von Grundbesitz, von Handwerk und Beamtenstellen ausgeschlossen, so daß ihnen, wollten sie nicht zugrunde gehen, kein anderer Ausweg als Handel und Darlehnsgeschäfte blieb, soweit nicht Wissenschaft und Kunst, zumal der Beruf des Arztes, einzelnen andere Existenzquellen öffneten. Bei der Erblichkeit von im Kampf um das Dasein erworbenen Eigenschaften ergeben sich somit Erscheinungen, an die eine demagogische Judenhetze anzuknüpfen vermag.

Diese Hetze, die von den „Deutschvölkischen" und den Deutschnationalen mehr frech als gottesfürchtig und von der vorsichtigeren Deutschen Volkspartei mehr gottesfürchtig als frech getrieben wird, denunziert speziell die Juden der Ausbeutung des deutschen Volkes. Die Kapitalisten deuten das Proletariat aus als Arbeiter und als Verbraucher. Und der — vielleicht jüdische — Großhändler, der Zucker aufkauft und zurückhält, bis er den höchstmöglichen Preis dafür erzielen kann, der — vielleicht nicht rassenreine — Bankdirektor, der Devisen ankauft, wenn er weiß, daß vom Reich kurz vor Fälligkeit einer Goldzahlungsnote jeder Preis dafür bewilligt werden muß, wirkt schwerlich sympathischer als die am Preiswucher gesundenden „christlichen" Agrarier oder die von „arischen" Kapitalisten geleiteten Konzerne der Textilindustrie, der Baustoffindustrie, der chemischen Industrie, der Stahlwerke.

Aber man frage einmal alle die Parteien, die offen oder versteckt Antisemitismus predigen, ob und was sie getan haben oder zu tun gedenken, um die Ausbeutung durch alle oder auch nur durch jüdische Kapitalisten zu verhindern. Es müßte wirklich jedem denkenden Menschen aus den Reihen des Proletariats und auch des Kleinbürgertums die Augen öffnen, daß alle an der antisemitischen Agitation beteiligten Parteien jede Maßnahme bekämpfen, die der Ausbeutung, auch der durch jüdische Händler, Abbruch zu tun vermag. Just die Anhänger des freien Handels, die jede Zwangswirtschaft bekämpfen, treiben einen wüsten Scheinkampf in Worten „gegen den Schwucher des jüdischen Handels". Die Antisemiten beschirmen mithin jede Ausbeutung; wo sie von Juden vorgenommen wird, unterstützen sie auch diese. Denn durch ihre haßerfüllten Reden und Schriften gegen die Juden fällt kein Preis, sinkt kein Profit und steigt kein Lohn.

Das Ziel der Judenhetze ist die Beseitigung der Republik, der Demokratie, die Errichtung der Monarchie, Klassenwahlrecht und Klassenherrschaft. Indem sich die Monarchisten als Feinde der Juden aufspielen und ihm das Volk weismachen, daß die Juden und nur diese seine Ausbeuter seien, gewinnen sie das Vertrauen von Toren, die ihnen helfen, die letzten Schranken der Ausbeutung, auch der durch jüdische Kapitalisten, niederzureißen. Der Antisemitismus ist ein Geschäftstrick des agrarischen, des industriellen, des kommerziellen Kapitalismus. Wehe den Proletariern, wenn sie auf diesen Schwindel hereinfallen!

Man hat eine Reihe von Ostjuden in Deutschland wohnen, fast ausnahmslos mittellose Leute. Wer diese meist armen, meist unglücklichen, meist verfolgten Mitmenschen bei uns durchaus nicht sehen will, der bedanke sich bei dem antisemitischen General Ludendorff, der jüdische Arbeiter aus Polen nach Deutschland zwang, um sie hier für Kriegszwecke arbeiten zu lassen. Jetzt heißt es, die Ostjuden seien Schieber, Schnorrer, Zwischenhändler, Müßiggänger. Wir sind so gestellt, daß wir unsern Bedarf an Schiebern hinreichend aus dem deutschen Volk decken können, an dessen Wesen alle Welt genesen soll. Ausländer, die nicht ehrlich arbeiten, sollte man ausweisen, gleichgültig, ob es sich um Juden, Christen oder Heiden handelt. Wir betonen beide Worte, nicht nur „arbeiten", sondern auch „ehrlich". Für Menschen, die zu uns als Gelbe, als Lohnbrücker kommen, haben wir so wenig Verwendung wie für Müßiggänger. Antisemiten verwenden aber mit Wonne statt ihrer christlichen Mitbürger jüdische Arbeiter, wenn diese billiger als Proletarier vom edelsten Germanenstamme zu haben sind. Der Bruder des „deutschvölkischen" Abgeordneten Wulle und ein Herr v. Lettow-Vorbeck aus der aristokratischen Familie des kappistischen Generals bewarben sich um die Zuweisung ostjüdischer Landarbeiter für ihre pommerschen Güter. Die 4000 Ostjuden, die in den Bergwerken des Ruhrgebietes zu gleichen Arbeitsbedingungen wie ihre deutschen Kameraden tätig sind, wird die organisierte Arbeiterschaft vor ihren Verfolgern zu schützen haben.

Wir führen den Klassenkampf, weil wir den Widerstand der an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus, arbeiterfeindlicher Maßnahmen und Gesetze, an der Verhinderung des Aufstiegs des Proletariats interessierten Minderheit zu brechen haben. Wir bekämpfen Einrichtungen und Zustände. Wir wenden uns nur soweit gegen Klassen, wie diese jene Einrichtungen und Zustände aufrechterhalten wollen. Nie gab es einen Sozialisten, der meinte: A. oder B. ist ein reicher Mann, also ein hassenswerter oder verachtungswürdiger Mensch. Der Antisemitismus will uns überreden, jeden Juden, ohne ihn zu kennen, zu sehen, zu beobachten, zu verurteilen. Selbst wer mit diesem oder jenem Juden üble Erfahrungen gemacht hat, könnte sich soviel Vernunft bewahren, daß er jeden einzelnen nach seinen Leistungen, nach seinem Verhalten beurteilt, wenn er überhaupt Werturteile über Menschen aussprechen will. Noch besser: man verhindert Ausbeutung und man wird sich bald nicht mehr zu streiten brauchen, wer „die Guten" und wer „die Bösen" sind.

Ausbeuten kann man Arbeiter und Angestellte nur auf zwei Methoden, durch niedrige Löhne und durch hohe Preise. Wir fragen alle Antisemiter, bei welchem nichtjüdischen Unternehmer es höhere Löhne gibt als bei einem Juden, oder bei welchem christlichen Kaufmann man billiger einkauft. Die antisemitische Parole „Kauft nicht bei Juden!" wird sicher an dem Tag befolgt werden, an dem nachgewiesen werden kann, daß vom Christentum des Kaufmanns Sinn zur Verbilligung von Lebens- und Genußmitteln gelenkt wird. Karl Kautsky hat bereits 1890 in der „Neuen Zeit" und 1914 in seiner Schrift „Rasse und Judentum" nachgewiesen, daß die Erklärung der sogenannten „jüdischen Eigenart" sich zwanglos daraus ergibt, „daß die Juden das einzige Volk der Erde sind, das seit rund zwei Jahrtausenden eine rein städtische Bevölkerung bildet". Wo es den Juden einmal gestattet wurde, ein Handwerk zu betreiben, haben sie es stets getan, z. B. in den Diamantenschleifereien Amsterdams und bei den Juden des Ostens. Allerdings bevorzugten sie, wo sie keinen Handel trieben, nicht jene Berufe, zu denen der zugezogene Landmann am ehesten taugt, sondern solche, die entweder große Intelligenz und theoretisches Wissen oder doch nicht viel Muskelkraft erforderten. Wo sie ein Handwerk betrieben, wurden sie daher eher Schneider als Schmiede.

Mit der Beseitigung des Kapitalismus und dem Siege der sozialistischen Produktionsweise wird auch die sogenannte „Judenfrage" gelöst werden. Mit Vernunft, mit Wissenschaft, mit Menschlichkeit, mit Gerechtigkeit, vor allem aber mit den proletarischen Interessen verträgt sich der Antisemitismus nicht, hinter diesem Mauer die Sachwerte der Kapitalisten, sogar der jüdischen, vor dem Zugriff durch die Gesamtheit bewahrt werden

Der Antisemitismus in Polen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Polen ist ein Nationalitätenstaat. Nach der amtlichen Statistik gehören von der 27 Millionen betragenden Bevölkerung Polens über 30 Prozent, in Wirklichkeit etwa 40 Prozent, nichtpolnischen Nationalitäten an. Unter diesen stehen nach den Ukrainern die Juden mit über 3 Millionen an zweiter Stelle. Sie sitzen besonders in Galizien und im ehemaligen Kongreßpolen, letzteres infolge der russischen Aufenthaltsbeschränkungen für Juden. In mittleren und kleineren Städten machen sie häufig die Hälfte oder sogar 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung aus. Warschau mit etwa 350 000 Juden ist die größte Judenstadt des europäischen Kontinents.

Die Anhäufung der Juden in Polen, im Zusammenhang mit ihrer im allgemeinen elenden sozialen Lage ist eine der Ursachen, daß der Antisemitismus in Polen besondere Verbreitung gefunden hat. Dazu kommt aber noch ein politisches Moment. Als die stärkste bürgerliche Partei Polens, die Nationaldemokratie, nach der russischen Revolution 1904/05 das Ideal der Unabhängigkeit Polens zugunsten einer Autonomie unter russischem Zepter preisgab, suchte sie nach anderen programmatischen Forderungen, mit denen sich die Masse wirken ließ. Sie fand diese Forderungen in dem Deutschen- und Judenhaß. Auf diesen Grundlagen ruht der Erfolg der nationaldemokratischen Demagogie in Polen noch heute.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben in Polen eine neue Hochflut des Antisemitismus gebracht. Es begann mit der Wut der Chauvinisten, als die Minderheiten in Verteidigung ihrer Rechte gegen die perfide Wahlordnung sich für die Parlamentswahlen zu einem Block zusammenschlossen. Daß dieser Block bei den Wahlen gut abschnitt, insbesondere die Juden wegen des ukrainischen Wahlboykotts in Ostgalizien im Sejm allein fast 40 Mandate erlangten, steigerte die Hetze der Rechtsparteien. Ihren Gipfelpunkt erreichte aber die Agitation der reaktionären Elemente, als am 9. Dezember Narutowicz von den polnischen Linksparteien gegen den Kandidaten der Rechten mit Hilfe der Stimmen der Juden und der anderen Minderheiten zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Der seit Wochen verhetzte nationalistische Pöbel war nicht mehr zu halten. Es kam zu blutigen Ausschreitungen gegen jüdische Abgeordnete und schließlich fiel der neugewählte Präsident am 16. Dezember von Mörderhand, weil er „der Präsident der Juden" war. Hatte man doch der breiten Masse sogar einreden wollen, er sei für seine Person Jude.

Es ist zuzugeben, daß die Judenfrage für Polen ihre besonderen Schwierigkeiten hat. Trotzdem zeigen die Aussprüche des polnischen Antisemitismus, daß dieser neue Staat von einer politischen Reife noch weit entfernt ist. Hat doch die Rechte wegen der ihn nicht genehmen Präsidentenwahl rundweg verlangt, man solle die Rechte der Minderheiten so beschneiden, daß sie auf die Präsidentenwahl keinen Einfluß mehr nehmen könnte. Das ist ein Kulturbild aus dem Staate, der immer die Worte Toleranz und Demokratie im Munde führt! Im übrigen gibt es für Polen ein sehr einfaches Mittel, den größten Teil der unliebsamen Minderheiten loszuwerden: Es braucht nur die annektierten Gebiete im Osten und Westen freizugeben, die überwiegend von Nichtpolen bewohnt sind.

Weitere Verschärfung der Wohnungsnot. Nach einer Meldung aus Prag hat die politische Bezirksverwaltung in Hultschin eine Kundmachung erlassen, der zufolge diejenigen, die für Deutschland gestimmt haben, im Sinne des Vertrags spätestens am 10. Januar nach Deutschland übersiedeln haben.

Wirtschaftspolitik.

Die Großhandelspreise über dem Dollar.

Der Großhandelsindex der „Industrie- und Handelszeitung" für die dritte Dezemberwoche beträgt 1642,38. Die deutschen Großhandelsmärkte standen in dieser Woche (beginnend mit Sonnabend, den 16. Dezember, und endend mit Freitag, den 22. Dezember) unter dem Einfluß einer nicht unerheblichen Verbilligung der ausländischen Zahlungsmittel, so daß sich auf der einen Seite die börsenmäßig notierten Waren im Preise zum Teil erheblich ermäßigten, auf der anderen Seite für die gebundenen Preise, die von den Ringen und Syndikaten diktiert werden, keine Erhöhungen vorgenommen wurden. Das Verharren der Kohlenpreise sowie die Preiserhöhung einiger wichtiger Nahrungsmittel schwächte die zum Teil sogar erheblich aus der Marksesserung resultierenden Preissenkungen einiger Produktenmärkte ab. Andernfalls wäre die Ermessung des Wochenpreisniveaus zu einem noch niedrigeren Ergebnis gelangt. Die auf dem Dollarkursniveau der drei Vorwochen basierende schematische Normierung des Goldzollaufgeldes ergab ein 1845faches Zollaufgeld für den 16. bis 28. Dezember, während das Dollarkursniveau auf dem nur 1587fachen und das Großhandelspreisniveau auf dem 1642fachen der Vorkriegszeit stand, so daß in der Berichtswoche ein den Waren- und Devisenpreisfestsetzungen gegenüber viel zu hoher Goldzollaufschlag bezahlt werden mußte. Trotzdem zeigt für die Berichtswoche der Großhandelspreisindex doch noch einen Rückgang von 1792,12 auf 1642,38, d. h. um 8,4 Prozent gegenüber der Vorwoche; die zugrunde gelegten 44 Waren wiesen also das 1642fache ihres Vorkriegspreisstandes (Ende 1913 gleich 1) auf.

Zur Bewegung der Baustoffpreise und Baukosten. Oktober 1922.

Rückgang der Bauvorhaben um 17 Prozent gegen das Vorjahr.

Unter der Einwirkung des Marksturzes sind die Baustoffpreise von dem 330fachen im September auf das 527fache im Oktober oder um 60 Prozent, die Baukosten gleichzeitig von dem 339fachen auf das 594fache oder um 75 Prozent emporgeschnellt. Dabei bewahren die Baustoffe sowohl wie die Baukosten in dem Verhältnis der Einzelgruppen sowie der Gesamtindexziffern zueinander durchaus den Charakter der auch im Vorjahre beobachteten Saisonbewegung. Die Bauhölzer bleiben mit dem 641fachen weiter über dem Niveau der Mauersteine (452fach) und die Indexziffer der Baukosten für Wohnhäuser mit dem 611fachen über derjenigen der Baukosten für Fabrikgebäude (541fach), und wiederum das Niveau der Baukosten mit dem 594fachen über demjenigen der Baustoffe (527fach). Diese Relation des Preisniveaus der Baustoffe und Baukosten bestand auch im Oktober 1921 und wurde erst im November 1921 durch einen Ausgleich als Uebergang zur Wintersaison abgelöst.

Indexziffern zur Bewegung der Baustoffpreise und Baukosten Oktober 1921 und Juli bis Oktober 1922. (Juli 1914 = 1.)

Monate	Baustoffe: Steine, Kalk Gips, Zement (9)	Bauholz (6)	Verschiedene (4)	Gesamtindexziffer Baustoffe (19	Baukosten für 1 cbm umbauten Raumes: Fabrikbauten	Wohnungsbauten	Gesamtindexziffer Baukosten
Oktober 1921	16,5	18,9	25,7	18,3	24,4	25,3	25,1
Juli 1922	126,5	112,1	117,3	120,7	135,9	145,2	142,9
August „	155,9	179,5	214,7	170,8	178,1	207,9	200,5
Sept. „	280,0	405,5	351,1	329,8	321,4	344,9	339,0
Oktober „	452,1	640,8	560,9	527,1	541,2	610,9	593,5

Die Auswirkungen der Preissteigerungen auf dem Baumarkte werden klarer, wenn man die Bewegung der absoluten Baukosten verfolgt.

Baukosten für Kleinhäuser und Wohnungen in bürgerlichen Miethäusern. Oktober 1921 und Juli bis Oktober 1922.

Monate	Bürgerl. Miethäuser 800 cbm Wohnraum 1000 M.	Kleinhäuser 850 cbm umbauter Raum 1000 M.
Oktober 1921	144	158
Juli 1922	810	823
August „	1275	1225
September „	2055	2065
Oktober „	3675	3518

Die Baukosten für 800 Kubikmeter Wohnraum in einem bürgerlichen Miethause sind von 2,1 Millionen Mark im September auf 3,7 Millionen Mark, die Baukosten für ein Kleinhaus mit 350 Kubikmeter umbautem Raumes von 2,1 Millionen Mark auf 3,5 Millionen Mark im Oktober gestiegen. Die Folge dieser Entwickelung ist der keineswegs nur durch die Saison begründete starke Rückgang der Vorhaben von Wohnungsbauten, die nach den Veröffentlichungen der „Bauwelt" von 1715 im September auf 1618 im Oktober gesunken sind; demgegenüber wurden im Oktober 1921 noch 4500 Bauvorhaben festgestellt. Von Januar bis Oktober 1922 wurden insgesamt 39 105 Bauvorhaben, gegen 45 911 in der gleichen Zeit des Vorjahres, gemeldet. Der Rückgang der Bauvorhaben gegen das Vorjahr beträgt demnach 6806 oder 17 Prozent.

Berlin, 28. Dezember. Für die Zeit vom 3. bis einschl. 9. Januar 1923 beträgt das Goldzollaufgeld 178 400 Prozent.

Sie warf sich über den schon erkalteten Körper. Sie heftete ihre Lippen auf die zerfetzte Brust und hob verzweiflungsvoll die beiden Lider, um noch ein letztesmal die Augen Bastidas zu sehen, die sie so sehr geliebt hatte. Dann ließ sie sich in die Carceria führen, wo zwischen den zerfleischten Pferden der ungeheure Stier lag. Mercedes tauchte ihr Taschentuch in das ringsum vergossene Blut des Tieres und kehrte rasch zur Stadt zurück.

O, welch ein Haß, welch ein Wahnsinn in ihren Augen! Gottlose Worte stürzten über ihre Lippen. Als sie bei Vicenta Cruz angelangt war, ergriff sie mit Wut die Figur des Gekreuzigten, den sie mit vollem Vertrauen angerufen und angefleht hatte, und begann sie wie wahnsinnig mit frischem Blut zu beschmieren. Rotes Gerinsel verbreitete sich über der Stirn, den Mund, das bleiche Fleisch.

Als die Gotteslästerung vollbracht war, sank Mercedes wie erleichtert in eine Ecke und verbarg sich im Dunkel. Da näherte sich Vicenta, die dieser Szene rasenden Wut und letzter Verzweiflung wie erstarrt beigewohnt hatte, weinend und schluchzend ihrem Christ, um ihn mit ihren Tränen zu waschen und zu reinigen. Laut begann sie für die Seele Juan Bestadas zu beten, langsam und ganz leise fiel Mercedes neben ihr auf die Knie, und das dunkle Zimmer war bald ganz erfüllt von dem Gebet der beiden Frauen.

* * *

(Aus dem unter dem Titel „Der seltsame Handwerker und andere Erzählungen" im Inselverlag erschienen Nachlaß des belgischen Dichters.)

Das Reich der verdorrenden Gebeine.

Von Albert Hönemann.

Assuan war Totengräber. Dreißig Jahre lang übte er schon seinen Beruf aus. Er hatte nicht viel zu tun, denn der alte König Nuna war ein friedfertiger König. Die Länder blühten unter seiner Hand und trugen tausendfältige Frucht, die Städte küßte der Wohlstand und die Wälder strotzten vor hundert- und tausendjährigen Zedern und Palmen.

Und Nuna ging den Weg, den seine Väter gegangen waren.

Da rief sein Sohn Oman den Assuan und sprach zu ihm also: „Du mußt jetzt Tag und Nacht arbeiten, Assuan, denn ich will Krieg führen!" Und Assuan sprach: „Ich weiß zwar nicht, o Herr, was Krieg ist, doch wenn du es sagst, muß es das Rechte sein!" Er begann zu arbeiten Tag und Nacht und konnte die Toten kaum bergen.

Als er nun in der Nacht grub, die der Freude geweiht war, berührte sein linker Schenkel plötzlich den rechten eines anderen Mannes, der da auch schaufelte, und der Fremde sprach also zu ihm: „Was suchst du auf dem Gebiet des Königs Zekedia?" Und Assuan sprach: „Du irrst, ich bin auf dem Gebiet meines Herrn, des Königs Oman, der mit dem Deinen im Krieg liegt!"

Da sahen sie plötzlich, daß sie bis an die Grenze geschaufelt hatten, und es erfaßte sie ein Grauen, und Assuan lief bis an den andern Morgen. Da sah er einen Mann graben. Assuan sprach zu ihm: „Was willst du auf dem Gebiet des Königs Oman?" Und also sprach der Mann zu ihm: „Du irrst, ich bin auf dem Gebiet des Königs Hassan, der mit deinem Herrn im Krieg liegt." Da erfaßte Assuan abermals ein Grauen. Er lief hin zu dem Totengräber aus dem Reich des Königs Zekedia, holte ihn herbei und sprach zu ihnen: „Gasset uns zu unseren Völkern gehen und Frieden verkündigen!" Sie gingen und ließen die Glocken läuten und verkündeten Frieden.

Als das der König Oman hörte, ließ er Assuan ein Ohr abschneiden. Der König Hassan tat ein Gleiches, und der König Zekedia ließ seinem Totengräber hundert Peitschenhiebe verabfolgen.

Damit sprach der König Oman zu Assuan: „Assuan, bringe die Sänge wieder zurück und begrabe deine Toten nur im Hemd! Also, daß ich mit einem Sarge viele Tote beerdigen lassen kann, denn die Särge fressen meine Wälder."

Da sprach Assuan: „Sehr recht, Herr!" und begann zu arbeiten, denn er glaubte ein Unrecht begangen zu haben. Und also taten auch die von Hassans und Zekedias Reich. Sie legte auf jeden Toten noch einen Toten hinauf.

Als nun wieder zwei Jahre vergangen waren und sie wieder aufeinanderstießen in der Nacht, die der Freude geweiht war, begannen sie zu lachen, wie der Wahnsinn lacht. Und die Länder hörten das Lachen, und die Nacht der Freude malte ihren Himmel mit Purpur.

Da fragte Assuan die Winde, was das bedeuten solle. Die schrien: „Krieg! Krieg! Revolution!"

Als nun der Morgen kam, sahen sie Leichen über Leichen liegen. Die meisten waren in Bast gekleidet, aber auch Männer in Purpur waren darunter und Frauen, die seidene Wäsche trugen.

Da rief Assuan seine Kollegen und sprach: „Es ist genug! Wir wollen unsere Könige bitten, uns Hilfe zu schicken, daß wir die Toten bergen!"

Als sie auf halbem Wege waren, sahen sie das Haupt ihrer Könige auf Pfahlstangen in den Himmel ragen und eine große Lache Blutes darunter liegen. Da wollte Assuan die Bürger bitten, daß sie ihm helfen; doch als er die Stadt betrat, waren die Häuser niedergebrannt oder ausgestorben.

„Ich werde meine beiden Kollegen bitten, daß sie mir einige Leute abgeben", so dachte er und ging, sie zu suchen. Doch fand er in Zekedias Reich den Alten tot, und also war es in dem Hassans. Sie lagen beide auf einem großen Haufen von Leichen. Da ging Assuan zurück.

Als er über die Grenze trat, befiel ihn die Pest. Zwei Tage und zwei Nächte wälzte er sich auf den Gräbern. Dann war er tot. —

Die Wüste wandert. Sie hat mitleidige Hände und deckt das Elend zu. Nur zuweilen, wenn der Samum über die Einöde dahintreibt und die Sandmassen aufwirbelt, blinkt es wie von Totenschädeln und Knochengerippen.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute 7½ Uhr geht „Der fliegende Holländer" von Richard Wagner in Szene. Morgen (Sonnabend) 7½ Uhr in neuer Einstudierung die Posse „Robert und Bertram" von G. Räder. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Charlotte Böcker, Olga Georg, Halka Heller, Martha Koß, Hermine Ziegler, Franz Bliez, Karl Hummeisheim, Richard Helfing, Wolfgang Herrmann, Hans Kaufmann, August Rossler, Otto Tiedemann und Hans Siegle; Spielleitung: Richard Helfing; musikalische Leitung: Leo Schönbach. Die Posse wird am Sonnabend (gültig für Dienstag-Stammkarten) und Sonntag (Silvester), abends 7½ Uhr, gegeben. Montag (Neujahr): „Mona Lisa", Oper von Schillings. — Weihnachtsmärchen-Vorstellungen: „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging" heute (Freitag) und Montag nachmittag.

Im Thalia-Theater wird am Sonntag und am Montag (Silvester und Neujahr) der Schwank „Die drei Zwillinge" von Impekoven und Mathern wiederholt. Karten an der Kasse des Stadttheaters.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221229-14/fragment/page=0003

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	28. 12. 22. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	3000	3205
1 dänische Krone	1560	1670
1 italienische Lira	380	408
1 Pfund Sterling	35000	37250
1 Dollar	7545	8050
1 französischer Frank	540	588
1 Schweizer Frank	1430	1520
1 tschechische Krone	235	249

Tendenz: Ruhig.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Washington, 28. Dezember. (Funkspruch.) Präsident Harding hat die Bill unterzeichnet, welche die Frist, innerhalb deren Deutsche und Oesterreicher ihre Ansprüche auf Rückgabe des während des Krieges beschlagnahmten Eigentums geltend machen können, bis zum 2. Januar 1924 verlängert wird.

Gründung der thüringischen Staatsbank. Der Landtag von Thüringen nahm nach langer Beratung den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Schaffung einer thüringischen Staatsbank mit dem Sitz in Weimar an. Das Grundkapital soll 100 Millionen Mark betragen.

Zunahme der Geldeinzahlungen in Oesterreich. Im November betrug die Steigerung der Geldeinlagen bei der Postsparkasse, den Sparkassen und den Banken nahezu 29 Milliarden Kronen gegen 14½ Milliarden im Oktober. Der Bestand der Einlagen bezifferte sich gegen Ende November auf über 60 Milliarden.

Stinnes kauft alles. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden, ist Stinnes auch in Leipzig mit mehreren Firmen in eine Interessengemeinschaft getreten, indem er sich an diesen Firmen beteiligt. Es handelt sich dabei um die Firmen W. Vobach u. Ko., Verlag und Druckerei, und um die Großbuchbinderei Wöricher u. Bongartz und F. A. Barthel. Mit anderen Firmen sollen Verhandlungen schweben. Vielleicht werden auch die bürgerlichen Zeitungen Leipzigs stinnesiert. Im Sinne von Stinnes arbeiten sie ja schon längst.

Gewerkschaftsbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften in Deutschland.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" (Nr 41) teilt über den Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland folgendes mit:

Es gehörten dem christlichen Gesamtverband am 19 Verbände mit 5587 Ortsgruppen. Es betrug die Mitgliederzahl insgesamt am Jahresschlusse (1922) 1 088 900, gegen 1 105 804 im Vorjahre. Im Durchschnitt des Jahres 1921 waren vorhanden insgesamt 996 343 Mitglieder, darunter 232 250 weibliche; 1920 belief sich dagegen die Gesamtzahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt auf 1 076 792, darunter 214 550 weibliche. Es ist demnach ein Verlust von 90 449 Mitgliedern eingetreten. Von den angeschlossenen Verbänden haben fünf über 100 000 Mitglieder, und zwar zählen die Verbände der Metallarbeiter 227 516, Bergarbeiter 169 751, Textilarbeiter 117 940, Fabrikarbeiter 106 189, Landarbeiter 103 722 Mitglieder. Bei den übrigen Verbänden betragen sich die Mitgliederzahlen zwischen 2074 (Buchdrucker) und 49 308 (Bauarbeiter).

Es wurden 1921 im ganzen 145 398 595 Mk. vereinnahmt (1920: 84 815 200), davon flossen 135 001 178 Mk. (80 776 581) aus Beiträgen. Der Vermögensbestand belief sich auf 88 659 646 Mk. (42 413 950). Die Ausgaben für Tarifbewegungen, Streiks und Gemaßregeltenunterstützung betrugen 19 816 233 Mk. (6 806 805) und die für Verbandsorgane und Bildungszwecke 10 158 627 Mk. Die Verwaltung verursachte 50 622 043 Mk. Kosten.

Der Streik der Thüringer Gemeindearbeiter

hat sich, wie aus Jena gemeldet wird, bis jetzt auf 12 Städte erstreckt, in denen sich besonders Wasser- und Gasmangel bemerkbar machen. Heute mittag wird im Reichsarbeitsministerium die Herbeiführung einer Einigung versucht werden.

Die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerb.

hat eine beängstigende Höhe erreicht. Von den am 30. November erfaßten 127 123 Arbeitern und Arbeiterinnen waren 20 519 (15,78 Prozent) vollkommen arbeitslos. Nur 42 422 Arbeiter und Arbeiterinnen, also 32,63 Prozent, arbeiteten noch 48 Stunden in der Woche, wovon die meisten für den Export. Die übrigen 64 182, also 51,37 Prozent, arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, wovon die meisten nur bis zu 24 Stunden in der Woche. Außerdem wird vom Deutschen Werkmeisterverband gemeldet, daß etwa 1000 Zigarrenwerkmeistern zum 1. Januar gekündigt worden ist. Diese beispiellose Arbeitslosigkeit wird sowohl von den Arbeitern wie von den Unternehmern zurückgeführt auf den Rückgang des Tabakkonsums, der wieder eine Folge des Rückganges der Mark, des Eingangs- und Goldaufgeldzolls und der ständig steigenden Banderolensteuer ist.

Die Berliner Bäckermeister wollen höhere Brotpreise durch Streik erzwingen.

Die Groß-Berliner Bäcker beschlossen, falls die verlangten erhöhten Gebäckpreise nicht bis zum Neujahrstage bekanntgegeben würden, die Herstellung von Markenbrot bis zur Gewährung der geforderten Preise einzustellen.

Streik Berliner Armenärzte. In den Berliner Vororten Reinickendorf, Pankow, Treptow und Köpenick sind die Armenärzte in Streik getreten. Sie verlangen mehr, als die Gemeinden sowohl nach dem Gesetz wie nach ihrem Vermögen bewilligen könnten.

Aus aller Welt.

Raubüberfälle und Einbrüche.

Aus dem Erfurter städtischen Museum wurde eine Reihe sehr wertvoller Kunstgegenstände gestohlen, darunter eine goldene, mit Diamanten besetzte Taschenuhr aus dem Jahre 1780, die im Besitz der Maria Pawlowna war. — Aus dem Gymnasium in Bartenstein (Ostpr.) sind etwa 700 alte Münzen und Medaillen im Werte von mehreren Millionen Mark gestohlen worden. — In Zilitendorf wurde auf das Gehöft des Landwirts Doll ein Raubüberfall ausgeführt. Bei der Verfolgung des Täters wurde Doll durch mehrere Revolverschüsse tot niedergestreckt. Ein Polizeihund stellte als Raubmörder den Eisenbahnarbeiter Kanich. — In der Nacht zum 27. Dezember wurde auf der Bahnstrecke Garmisch — Mittenwalde der Kaufmann Baum aus Düsseldorf ermordet und beraubt. Der Tat dringend verdächtig sind seine zwei Reisebegleiter, der 1902 in Kiel geborene Erich Immenkamp und der 1899 in Düsseldorf geborene Julius Kaeye, beide in Düsseldorf wohnhaft. Geraubt wurden eine Geldtasche mit Inhalt und verschiedene Papiere.

Fromme Schwestern.

Im Sophienkrankenhause zu Wien sollten an einem Feiertage drei Kranke der chirurgischen Abteilung zur Bestrahlung mit Quarzlicht (Höhensonne) gebracht werden. Einer hat eine große Wunde auf dem Rücken und wurde von zwei Hilfsarbeitern mit der Tragbahre in den Aufzug und dann ins Ambulatorium zur Bestrahlung gebracht. Aber die dort beschäftigte „Schwester" verweigerte die Arbeit: „**Heute ist ein Feiertag, da gehe ich in die Kirche; da geht mich das Bestrahlen nichts an.**" Obwohl ihr einer der Bediensteten zuredete, blieb sie dabei und erklärte, sie mache nichts und gehe jetzt fort. Als die Arbeiter den Kranken zurückbrachten, weigerten sich die beiden Zimmerschwestern, ihn ins Bett zu tragen, weil Feiertag sei ... Einen Menschen mit einer großen Wunde ohne Linderung wieder zurücktragen zu lassen, dazu gehört schon eine tüchtige Portion — Religion.

Eine Weihnachtssammlung haben die „New Yorker Staatszeitung" und die mit ihr verbundenen Blätter zugunsten der Notleidenden in Deutschland veranstaltet. Ihr Resultat: 36 000 Dollar, rund 280 Millionen Mark, ist Reichspräsident Ebert zur Verteilung übergeben worden, der sie im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister an die das Reichsgebiet umfassenden Zentralorganisationen der freien Wohlfahrtspflege verteilte. Unmittelbar vor dem Fest gingen dem Reichspräsidenten nochmals 9000 Dollar als Schlußrate dieser Sammlung zu. Der Reichspräsident hat dem amerikanischen Blatt den herzlichsten Dank für diese Betätigung menschenfreundlicher Gesinnung ausgesprochen.

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44 Zimmer 23 Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Bezirksvorstand u. Preßkommission. Freitag den 29. Dezember, abends 1/27 Uhr, im Bezirks ureau: Sitzung.

Junosozialisten. Wir treffen uns beim humoristischen Abend des A. B. U. (Karten im Arb.-Sekr.) am 31. Dezember im großen „Volksparksaal". Anschließend geselliges Beisammensein.

Bedra-Braunsdorf. Freitag, d. 29. Dezember, abends 7 Uhr in Bedra bei Döras: Mitgliederversammlung. Genosse Stadtrat Bauer spricht über das Reichsmietengesetz. Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen.

Elsterwerda. Sonnabend, den 30. Dezember, abends 1/28 Uhr findet in der Restauration von P. Dörrich unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Es ist Pflicht aller Mitglieder in dieser Versammlung zu erscheinen.

Vereinsanzeiger

Halle.

Bauarbeiterverband (Bezirksverein Halle). Sonntag, den 31. Dezember, vorm. 9½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (Harz 42/44, Zimmer 18): Versammlung der Feuerungs- und Schornsteinmaurer und Helfer. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
2013 Die Ortsverwaltung.

Freier Sängerchor. Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal „Stadt Dresden". Aufnahme von sangeslustigen Genossen sehr erwünscht.

Merseburg. Freie Sänger. Am Neujahrstage von nachmittags 3 Uhr im Klubhaus „Augarten": Gesangsunterhaltung und Tänzchen. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.

Stadt-Theater. Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Robert u. Bertram** Sonntag: 2014 **Robert u. Bertram**

Was? spricht man von dem großen **Spielplan** in **Be. Bu. Bü.** Unstreitig 2012 **Glanzleistungen** sämtlicher Künstler **Jeden Abend** von 8 Uhr an!! Am 30. Dezember **Ehrenabend** für Heinz Albary.

Kaufe guterhalt. Damen- und Herrengard., Wäsche, Leibscheine, Teppiche zu angenehm. Preis. Hirsch, Brüderstr. 5

Zur **Silvesterfeier** biete ich preiswert an: 2021 **Rum, Arrak, Kognak, Nordhäuser, Punsche und Liköre, Rot-, Weiss- u. Obstweine. A. O. André,** Wörmlitzer Str. 12.

Kaufe laufend **Gold-, Silber-, Platin-Bruch.** Alte Gebisse. **HAUFFE Brüderstr. 9a** (a. Markt)

Keine Prahlerei! **Zu wirklich hohen Preis.** kaufe 1486 **sämtliche Edelmetalle und deren Abfälle** **Gold-, Silber-, Platin-** Bruch, Barren, Uhren, Bestecke, Ketten usw. Zahnabfälle, Brennstifte, Bleche usw. Doublee-Abfälle. Bitte überzeugen! **Metallkontor A. Abramowitz** Schmeerstr. 14. 1.

Kauft nur bei den Volksblatt-Inserenten

Bekanntmachung. Vom 1. Januar 1923 an tritt Tariferhöhung nach angeschlagenen Sätzen ein. **Merseburg. Ueberlandbahn. - Aktiengesellschaft.**

2010 **Fragen Sie Ihren Arzt!** Derselbe wird Ihnen gerne bestätigen, daß **Pelikan Caramelbier** das empfehlenswerteste Getränk für Frauen, Kinder, Blutarme, Rekonvaleszenten, Wöchnerinnen u. stillende Mütter ist. **Ueberall erhältlich! Man achte beim Einkauf auf die Schutzmarke „Pelikan".**

1524 **Holzschuhe, Holzpantoffeln, Pantoffelhölzer,** en gros empfiehlt en detail **H. Worg,** Holzschuh- und Pantoffelfabrik, Zwickauschöne (3 Min. b. Stat. Dieskau). Tel. 1840

Gold- Silberwaren-, Platin-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten kauft 1577 **Emil Poenitzsch jun.** Marktplatz 13 (Ecke Talamstr.)

Gold-, Silber-Bruch und sonstige Gegenstände wie **Uhren, Ketten, Ringe, Löffel, alte Zahngebisse** kauft laufend 2019 **H. Lichtenstein, Steinweg 25** Ausweis erforderlich

1889 **Booch** Kakao · Schokolade · Bonbon Carl Booch, Halle a. S.

Sonntag nicht geöffnet! **Brehmer Liköre** **Rum, Arrak, Weinbrand, Rot- und Weißweine** in großer Auswahl äußerst preiswert * **Leipziger Straße 43** 2006

Ein glückliches Neujahr 1923 wünschen Sie Ihren werten Kunden, Freunden und Bekannten am besten durch ein **Inserat im „Volksblatt"!**

2018 **Silvester-Neujahr-Scherze** Weingläser :: Likörgläser :: Biergläser in großer Auswahl Steinweg 45 **Sobel** Reilstr. 1 Ammendorf Bahnhofstraße 3 Gr. Ulrichstr. 9 Cöthen Schalauische Str. 8

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle (Saale).

Nach dem am 21. Dezember vom Kassenausschuß beschlossenen 17. Nachtrag zur Satzung und nach Ausdehnung der Versicherungsgrenze für Angestellte usw. auf 720 000 Mk. gilt vom 1. Januar 1923 nachstehende Stufeneinteilung.

Stufe	Tagesverdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag
1	bis 60 Mk.	60 Mk.	27 Mk.
2	„ 120 „	120 „	54 „
3	„ 240 „	240 „	108 „
4	„ 360 „	360 „	162 „
5	„ 540 „	540 „	243 „
6	„ 720 „	720 „	324 „
7	„ 900 „	900 „	405 „
8	„ 1200 „	1200 „	540 „
9	„ 1500 „	1500 „	675 „
10	über 1500 „	1800 „	810 „

Anspruch auf Kassenleistungen nach einem Grundlohn von mehr als 500 Mk. beginnt erst vom 28. Januar 1923 an.

Laut Nachtrag 16 zur Satzung tritt am 1. Januar 1923 auch die hausgewerbliche Krankenversicherung in Kraft und die Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden, ebenso die Letzteren hinsichtlich der von ihnen hausgewerblich Beschäftigten sind versichlichtet, die hiernach versicherungspflichtigen Personen innerhalb vier Tagen zur Kasse anzumelden. Für die Versicherung gelten die allgemeinen Bestimmungen der Satzung.

Beide Nachträge werden nach Genehmigung seitens des Oberversicherungsamts mit dem inzwischen in Kraft getretenen 13., 14. und 15. Nachtrag und den bereits früher ergangenen Nachträgen in einen Nachtrag zusammengefaßt, der dann auf Verlangen ausgehändigt wird.

Halle a. S., den 28. Dezember 1922. 2015

Keltsch, Vorsitzender.

Modernes Tanzlehrbuch! In ca. 14 Tagen kann jeder die hauptl. Tänze erlernen. Zu fast allen Tänzen ist jeder einzige Schritt und Tritt genau und deutlich abgebildet und auch ausführl. erläut. Außerd. enth. das Buch das Arrang. von Tanzfiguren, wie man Gespräche anknüpft usw. Ueber 100 Abbildungen! Lieferung erfolgt zum jeweiligen Tagespreis. 1748

Allgemeiner Briefsteller für den schriftlichen Verkehr in allen Lebenslagen z. B. Privatbriefe für sämtliche Familienereignisse, Bittschriften, Empfehlungs-, Entschuldigungs-, Danksagreiben, Bestell-, Mahn-, Beschwerdebriefe Quittungen, Kontrakte, Vollmachten, Verträge, Heiratsanträge, Gesuche an Behörden, kaufmännische Briefe usw. 324 Seiten stark.

Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 497

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Bekanntmachung betr. das Reichsmietengesetz.

Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (Reichsgesetzbl. S. 273) in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 (Gesetzsammlung S. 129) wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Bescheid vom 28. Dezember 1922 — I W 14 504 —) die Verordnung des Magistrats vom 30. Oktober 1922, wie folgt, geändert:

1. Der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß § 8 Abs. 1 Ziff. 1 des Reichsmietengesetzes beträgt 25 Prozent.

2. Der Zuschlag für die Verwaltungskosten beträgt 50 Prozent.

3. Der Vermieter ist berechtigt, die Belege über die in dem betreffenden Monat fällig gewordenen und gemäß § 1 Ziff. 3 Abs. 2, 3, 4 der Verordnung des Magistrats vom 30. Oktober 1922 umzulegenden Beträge den Mietern oder der Mietervertretung jederzeit vorzulegen und die auf die einzelnen Mieter entfallenden Beträge binnen einer Frist von acht Tagen einzuziehen.

4. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Reichsmietengesetzes beträgt 200 Prozent.

5. Dieser Beschluß tritt am 1. Januar 1923 in Kraft.

Halle a. S., den 28. Dezember 1922. 2016

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221229-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. Dezember 1922.

Die Lohnsteuer am 1. Januar.

Die Unklarheit darüber, welche Abzüge von der Lohnsteuer gemacht werden dürfen, war schon immer groß. Sie ist noch vermehrt worden dadurch, daß in einem Teil der Presse unrichtige oder ungenügende Nachrichten, die zu falschen Auslegungen Anlaß gaben, über die neuen, vom 1. Januar 1923 an gültigen Sätze verbreitet wurden. Um die Verwirrung vollkommen zu machen, haben die neuen Steuerbücher noch die Vermerke über Abzüge nach den alten Bestimmungen erhalten. Gerade die im vorigen Jahr! Auch da fielen Herausgabe der neuen Bestimmungen und der Steuerbücher mit den alten Sätzen zeitlich zusammen. Wie im vorigen Jahr, so hat auch jetzt das Finanzamt bestimmt, daß sich die Arbeitgeber zwar nach der auf den Steuerbüchern vermerkten Zahl der Personen, dagegen aber nach den in den neuen Bestimmungen genannten Summen für die aufgeführten Personen zu richten haben. Um jede Zweifelsmöglichkeit auszuschalten, halten wir es für notwendig, noch einmal die einzelnen Sätze der Neuerung zu nennen, obwohl wir das ganz oder teilweise) wiederholt getan haben.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an ermäßigt sich der abzugehende Betrag von 10 Prozent des Arbeitslohnes: 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 200 Mk. monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 48 Mk. wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 8 Mk. täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 2 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden; 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind (im Sinne des § 17 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes) a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 1000 Mk. monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 240 Mk. wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 40 Mk. täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 10 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden bei der Verminderung der Abzüge nicht gerechnet.

Zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge (Werbungskosten), vermindert sich die Lohnsteuer a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 1000 Mk. monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 240 Mk. wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 40 Mk. täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 10 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit gezahlt, so tritt an die Stelle der Ermäßigungen eine feste Ermäßigung von 6 Prozent des Arbeitslohnes. Der nach Vornahme der Ermäßigung einzubehaltende Betrag ist — ohne Rücksicht darauf, für welche Zeit die Lohnzahlung erfolgt — auf volle Mark nach unten abzurunden.

Soweit Steuerbücher für das Kalenderjahr 1923 bereits ausgehändigt sind, hat der Arbeitgeber an Stelle der auf dem Steuerbuch vermerkten Jahresgesamtermäßigung den Steuerabzug vom 1. Januar 1923 an **nach Maßgabe der nach den neuen Vorschriften sich ergebenden Jahresgesamtermäßigung vorzunehmen.** Dagegen ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Eintragungen auf dem Steuerbuch insofern gebunden, als er die Zahl der beim Steuerabzug zu berücksichtigenden Personen, wie sie auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt vorgetragen ist, dem Steuerabzug zugrunde zu legen hat. Er darf demnach zum Beispiel, wenn auf dem Steuerbuche drei Kinder zur Berücksichtigung zugelassen sind, nur die Ermäßigung für drei Kinder berücksichtigen.

Frachtermäßigungen für Lebensmittelsendungen.

Die ständige Tarifkommission der Reichsbahn hat eine Reihe von Ermäßigungen auf die Tarifsätze für Lebensmittel und Stückgut beschlossen. Der Preis für Stückgut wird um rund 17 Prozent ermäßigt. Zwischen den Ladungsklassen A und B wird eine neue Klasse mit einer Tarifermäßigung von 15 Prozent gegenüber Klasse A eingeschoben, die Lebensmittel aller Art umfaßt. Die bereits in niedrigerer Klasse befindlichen Nahrungsmittel bleiben in dieser Klasse. Für die niedrigste Wagenladungsklasse E wird eine Nebenklasse EN 10 eingeführt, die eine Verbilligung für Gewichte unter 15 Tonnen bringt. Der Notstandstarif für Kartoffeln wird durch einen neuen Ausnahmetarif ersetzt, der für Wagenladungssendungen eine Fracht von nur 40 Prozent der Normalfracht vorsieht, während bei Stückgut nur das halbe Gewicht der Frachtberechnung zugrundegelegt wird. Der durch diese Frachtermäßigung bedingte Ausfall erfordert eine Erhöhung der Gütertarife um 70 Prozent und der Tiertarife um 60 Prozent. Die Ermäßigungen und Erhöhungen treten am 1. Januar in Kraft.

Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden.

Die soziale Versicherung der Hausgewerbetreibenden tritt nunmehr restlos am 1. Januar 1923 in Kraft. Soweit die Krankenversicherung in Frage kommt, haben die Krankenkassen schon in den letzten Monaten die notwendigen Maßnahmen (Ergänzung ihrer statutarischen Vorschriften) getroffen. Für das Gebiet der Invalidenversicherung hat soeben die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt die nötigen Bestimmungen in einem Regulativ getroffen. Sie treten am 1. Januar 1923 in Kraft. Der Unfallversicherung unterliegen nach wie vor die Hausgewerbetreibenden nur, wenn der Beruf, dem sie angehören, im allgemeinen, oder der Betrieb, in dem sie tätig sind, infolge seiner Einrichtungen im besonderen unfallversicherungspflichtig ist.

Für alle Zweige der sozialen Versicherung gelten als Hausgewerbetreibende die selbständigen Gewerbetreibenden, die in eigenen Betriebsstätten im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung von Waren beschäftigt werden, und zwar auch dann, wenn die Hausgewerbetreibenden die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und auch für die Zeit, während welcher sie für eigene Rechnung arbeiten. Als Hausgewerbetreibende in diesem Sinne gelten auch diejenigen Gewerbetreibenden, die im Auftrag und für Rechnung öffentlicher Verbände, öffentlicher Körperschaften oder gemeinnütziger Unternehmungen arbeiten.

Als Arbeitgeber des Hausgewerbetreibenden gilt immer, wer die Arbeit unmittelbar an ihn vergibt. Dieser hat also die sonst den Arbeitgebern obliegende Verpflichtung der Beitragseinrichtung usw. In zweiter Linie haftet jedoch der „Auftraggeber". Das ist derjenige, in dessen Auftrag und für dessen Rechnung der Hausgewerbetreibende arbeitet.

Die Versicherung erfolgt bei derjenigen Krankenkasse und bei derjenigen Invalidenversicherungsanstalt, in deren Bezirk sich die Betriebsstätte des Hausgewerbetreibenden befindet. Die Lohnklasse, in der die Versicherung erfolgt, richtet sich nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung. Bezüglich der Beiträge des Hausgewerbetreibenden für sein Hilfspersonal (Gehilfe, Lehrlinge usw.) hat es bei den bestehenden allgemeinen Vorschriften sein Bewenden. Für das Gebiet der Invalidenversicherung ist der Arbeitgeber des Hausgewerbetreibenden jedoch verpflichtet, diesem bei der Abrechnung die Hälfte derjenigen Beiträge zu ersetzen, die der Hausgewerbetreibende für die von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Hilfspersonen entrichtet hatte. Der Hausgewerbetreibende ist verpflichtet, über die von ihm in seinem Gewerbebetrieb beschäftigten versicherungspflichtigen Hilfspersonen Verzeichnisse zu führen, aus denen sich die Dauer der Beschäftigung ergibt.

Der Hausgewerbetreibende sowie seine Hilfspersonen haben sich die Invalidenversicherungs-Quittungskarte bei der zuständigen Stelle (Krankenkasse, Versicherungsamt, Gemeindebehörde) selbst ausstellen zu lassen. Der Arbeitgeber hat die Beiträge zur Invalidenversicherung für jede volle oder angefangene Kalenderwoche durch Einkleben von Marken spätestens an demjenigen Tage zu entrichten, an dem die Lohnabrechnung erfolgt, spätestens jedoch in der letzten Woche des Vierteljahrs. Bei Streitigkeiten entscheidet das zuständige Versicherungsamt. Unterlassungen der Versicherungen werden bestraft.

Gebührenerhöhung in Staatsangehörigkeitssachen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bestimmen der Minister des Innern und der Finanzminister in einer gemeinsamen Verfügung, daß infolge der fortschreitenden Geldentwertung vom 1. Januar 1923 an die Höchstgebühren für Staatsangehörigkeitssachen zu verzehnfachen sind, so daß von jenem Zeitpunkte an im Höchstfalle erhoben werden: 1. für Einbürgerungsurkunden 60 000 Mk., 2. Heimatscheine 1200 Mk., 3. Staatsangehörigkeitsausweise 600 Mk., 4. Genehmigungen zur Beibehaltung der Staatsangehörigkeit 1200 Mk., 5. Genehmigungen zum Eintritt in ausländische Staatsdienste 1200 Mk., 6. Bescheinigungen über eingetretenen Verlust der Staatsangehörigkeit gleichfalls 1200 Mk.

Vom gleichen Zeitpunkte an werden die im Runderlaß vom 21. Mai 1922 vorgesehenen Mindestgebührensätze ebenfalls verzehnfacht, so daß für die unter 1, 2, 4 bis 6 aufgezählten Urkunden 100 Mk., für Staatsangehörigkeitsausweise 50 Mk. zu entrichten sind. Eine Ermäßigung unter die Mindestsätze oder ein gänzlicher Erlaß der Gebühren bei besonderer Bedürftigkeit bedarf ebenso wie eine Ermäßigung oder ein Erlaß aus Billigkeitsgründen der Zustimmung des Ministers des Innern. Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates muß in jedem einzelnen Falle sorgfältig geprüft werden, ob der Antragsteller nach seinen gesamten Verhältnissen in der Lage ist, neben der fälligen Stempelsteuer auch den Höchstbetrag der betreffenden Gebühr zu zahlen. Fällt es dem Gesuchsteller besonders schwer, den Höchstbetrag, den er an sich wohl zahlen könnte, auf einmal zu entrichten, so können Ratenzahlungen bewilligt werden. Die Urkunden dürfen jedoch erst ausgehändigt werden, nachdem der festgesetzte Gebührenbetrag ganz entrichtet ist. In der Verfügung wird ausdrücklich bemerkt, daß die Vorschriften nicht etwa die Absicht verfolgen, in Staatsangehörigkeitssachen den minderbemittelten Personenkreisen unerschwingliche Gebühren aufzuerlegen, sondern daß sie im Interesse der Staatsfinanzen diejenigen zu höheren Gebühren heranziehen wollen, die wirklich zahlen können.

Der Staat und das Stipendienwesen.

In einer Kleinen Anfrage wurde auf eine Anregung des preußischen Kultusministers hingewiesen, Erhebungen über alle für Studierende der Universitäten und technischen Hochschulen bestehenden Benefizien (Stipendien, Freitische usw.) anzustellen, etwaige Ersparnisse der verschiedenen Stiftungen dem Stipendienfonds des Kultusministeriums zu überweisen, vorhandene Stiftungen gegebenenfalls umzuwandeln oder kleinere Stiftungen zusammenzulegen. In der Anfrage wurde die Befürchtung geäußert, der Staat wolle den Anspruch erheben, das Stipendienwesen als Aufsichtsbehörde zu übernehmen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, über seine Absichten in dieser Beziehung eine verbindliche Erklärung abzugeben. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, gibt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Antwort hierauf:

„Die von meinem Herrn Amtsvorgänger mit Erlaß vom 20. Mai 1920 eingeleiteten und von mir durch Erlaß vom 28. Dezember 1921 fortgesetzten Maßnahmen bezwecken die Schaffung eines Verzeichnisses aller für Studienzwecke in Betracht kommenden Stipendien und Benefizien. Das Verzeichnis soll dazu dienen, die bestehenden Stiftungen übersichtlich zusammenzustellen und dadurch die Bewerbungen um Stipendien zu erleichtern. Wenn in dem genannten Erlaß weiterhin vorgeschlagen war, im Laufe der Jahre und vor allem während des Krieges etwa gemachte Ersparnisse nicht zum Stiftungsvermögen zu schlagen, sondern zur Bekämpfung der zurzeit herrschenden Not flüssig zu machen, und wenn ferner angeregt war, vielfach vorhandene, für jetzige Verhältnisse bedeutungslos gewordene Zweckstipendien zu verausgaben oder zu größeren Stipendien zu vereinigen, so stellten diese Vorschläge und Anregungen selbstverständlich alle Maßnahmen in das Ermessen der Verwaltungen der einzelnen Stipendien und sollten nur eine wirksame Ausnutzung der bestehenden Stipendien fördern. Es braucht daher nicht besorgt zu werden, daß diese Maßnahmen eine Verstaatlichung der Stipendien bezwecken oder geeignet sein könnten, die privaten Hilfsmaßnahmen irgendwie zu hemmen oder einzuschränken."

Weihnachtsfeier im „Volkspark".

Proletarierweihnacht 1922! Ringsum ist Nacht. In die Herzen der Menschen hat sich das Grauen geschlichen. Frau Sorge ist durch die Stuben der Arbeitenden gegangen, hat die Freude getötet, verwischte alle heiteren Farben und verdüsterte die Welt mit ihrem Hauch.

Wirtschaftsnot, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Lebenslage, Knechtschaft unter dem Joch des kapitalistischen Profit- und Ausbeutersystems geißeln das arbeitende Volk Deutschlands und nagen zermürbend an seiner Lebenskraft. Da ist die Bitternis aufgestiegen, hat die Herzen ergriffen und die Erkenntnis aufdämmern lassen, daß auch in dieser Weihnacht, dem Kirchenfest der tausendfach geschändeten Christenliebe, das arbeitende Volk Deutschlands an das Kreuz seines Elends geschlagen wurde, wie all die anderen Tage.

Kein Licht leuchtet, kein Hoffnungsstern des „Festes" und der Kirche, die „Weihnacht" feiert, weist dem Proletariat einen Lichtweg aus dem Dunkel der Gegenwart. Uns hilft kein Messias, kein Glanz, der von außen kommt. In uns selbst wollen wir ein Licht entzünden und seine erhellenden Strahlen in jedes Bruder- und Schwesterherz leuchten lassen. Unser Mund soll künden von der alles umfassenden Menschenliebe, und unsere Arme sollen weit fassen über die Meere und die Grenzen der Länder — die Arme der arbeitenden Menschen auf der Erde. Und in uns glühen Lichter, die zu glutgetemperten Sonnen wachsen werden. Wir finden die Freude wieder in diesem Schein. Mit lichten Flügeln ist die Hoffnung in unsere Herzen eingezogen, hat uns den Blick verklärt und den Stern erkennen lassen, der uns den Weg weisen wird — den Stern des Sozialismus!

Das war der Sinn des Festes, das gestern abend von der Sozialistischen Arbeiter-Jugend im „Volkspark" gestaltet wurde. „Wir kämpfen, weil wir gläubig sind — der Mensch ist gut!" sprach eine Genossin mit schlichten Worten und gab damit dem Streben unserer Jugend prägnanten Ausdruck.

Das Programm wurde von den Jugendgenossen sehr gut durchgeführt. Manchem wurde mit diesem Abend eine erhebende Feierstunde bereitet.

Für uns war diese Weihnachtsfeier kein Fest im altherkömmlichen Sinne kapitalistischer Denkweise, sondern eine Feierstunde, wo wir in vielen Herzen, die bisher dunkel waren, ein Licht entzündeten. Das Licht des Glaubens an die Jugend des Proletariats und damit des Glaubens an den Sieg des Sozialismus.

•

In den Nachmittagsstunden fand eine Feier und Geschenkverteilung an die Kinder der Genossen statt. Die Freude der beschenkten Kinder war Dank der reichlich lohnte für alle Mühe, die unsere Genossinnen vom Wohlfahrtsausschuß aufgewendet hatten.

Spätinghof.

11] Roman von K. v. d. Eider.

„Na, die ist noch die alte, immer quesig und unzufrieden. Die Kate ist ihr zu eng. Aber ihren Kram hat sie in Schuß. Das blinkert alles bei ihr!"

„Und Gert, ist der immer noch auf dem Damm?"

„Na, der Stärkste war er ja nie. Ein Beest zu schlachten, fällt ihm schon ein bißchen schwer, aber ein Schwein kann er noch halten. Er ist doch nicht alt."

„Die Kleine wird wohl nach der Mutter arten."

„Von Ansehen ja. Sie hat die Augen von der Mutter, aber sie hat ihres Vater Natur. Sie schlechtet überhaupt mehr nach Klasens; das waren alle so stille, scheue Leute."

Jak kam ein neuer Gedanke. „Du," er legte die Arme über den Tisch und sprach leiser, „kest die Großmutter noch immer die Karten?"

„Wohl, wohl," erwiderte Niels. „Ehe ich nach Rendsburg abreiste, hat sie mir sie gelegt. Ein schwarzer Kerl würde mir über den Weg kommen," sagte sie. Haha — das bist du!"

Jak lachte und zupfte seinen Schnurrbart, wobei er einen Blick in den ihm gegenüberhängenden Spiegel warf, der das Bild des hübschen brünetten Soldaten wiedergab.

„Ja, das bin ich — Prost!"

Die Soldatenjahre waren vorbei. Jakob Thomsen kehrte nach Spätinghof zurück. Mamsell reichte ihm die Hand, als er eintrat. Wie eine Katze, dachte er, die ihre Krallen einzieht.

Es begann wieder das alte Leben, und doch war es anders jetzt. Jak betrachtete das Gehöft jetzt mit den Augen des Besitzers. Er trat selbstbewußter auf als früher und traf hier und da andere Einrichtungen, ohne die Alte auch nur zu fragen.

Aber leichten Kaufes gab diese die Herrschaft nicht ab. Als sie eines Tages gewahrte, wie Jak mit Jans Hilfe einen Rimmstein legte, kannte ihre Wut keine Grenzen.

„Bin ich Herr hier oder du?" fragte sie, bebend vor Zorn.

„Ich", sagte Jak. Er richtete sich hoch auf und sah sie an mit dem Blicke eines Tierbändigers.

Die Alte duckte sich, als ob sie einen Schlag auf den Kopf bekommen hätte.

„Er schmeißt ja mit seinen Augen herum wie nichts Gutes! Das geht einen ja durch und durch! Der Mensch ist kompabel und bringt einen noch mal von der Welt."

So murrte die Alte, während sie mühsam davonschlich.

Jak ging weiter — Schritt für Schritt.

„Wir müssen uns eine Dienstdeern mieten," sagte er mittags bei Tisch. „Es geht nicht mehr, das kann ja kein Schwein fressen, was du da zurechtgeschmort hast." Mit einer Gebärde des Ekels schob er die Speckuppe mit den grauen Buchweizenmehlklößen von sich.

„Kommt mir bloß mit 'ne Dienstdeern," knurrte Mamsell. „Die jage ich vom Hof, eh' sie ihr Bündel aufgeschnürt hat. Ich — ich kann noch was." — Ein Hustenanfall schnitt ihr die Rede ab.

Jak beachtete die Entgegnung der Alten nicht. Er tat ebenso vergnügt, als wenn die Tante gesagt hätte: Ja, mein Junge, wir mieten eine Deern. In ruhigem Tone wandte er sich jetzt an Jan.

„Sonntag sollen wir nach Bähhof zur Gesellschaft," sagte er, „ich traf den Bähhofer gestern abend im Kirchspielkrug; da hat er mich gleich genötigt. Du sollst auch mitkommen; um vier Uhr geht die Geschichte schon los."

„Ich auch?" fragte Jan bestürzt. „Was soll ich da?"

„Essen und trinken und lustig sein. Was sonst?"

Triensleschen hatte still auf der Lauer gelegen wie eine Katze. Jetzt sprang sie mit spitzigen Worten dazwischen.

„Gaffereien," schrie sie, „das fehlte gerade noch. Kommt bloß mir nicht mit so was. Wir kriegen unser Schwein allein auf. Wie kommt bloß Klaas Nissen überhaupt dazu, euch zu nötigen? Er hat wohl 'n Spliehn?"

„Na, er ist unser nächster Nachbar, da kann er uns wohl nicht umgehen," meinte Jak. „Dann hat er auch drei Töchter, die sind alle drei nicht vom jüngsten und schmucksten."

„Ha, denkst du an so was?" rief Triensleschen. „Bring mit bloß nicht so 'n Frauenmensch ins Haus. Mit dem Schrubbesen jag ich sie vom Hofe."

„Gab keine Angst!" Jak lachte und zeigte dabei seine weißen Zähne. „Wenn ich einmal eine freie, dann wird es sicher keine vom Bähhof, dann nehme ich mir eine, die nach meinem Geschmack ist, und wenn sie auch keinen Dreiling hat."

Triensleschen fand vor Wut keine Entgegnung mehr. Aber in ihrem verwitterten Gesicht zuckte es. Sie und Jak maßen sich mit Blicken, in denen grausamer, tückischer Haß loderte.

Jan dachte im stillen: Jak hat doch eigentlich viel Aehnlichkeit mit der Tante. Worin aber diese Aehnlichkeit bestand, fand er nicht heraus, denn die Tante schlich aus der Stube, und Jak nahm den Tabakskasten und stopfte sich die Pfeife.

Am Abend gingen die beiden jungen Leute ins Dorf. In der Straße trennten sie sich. Jak trat in den Kirchspielkrug, und Jan ging einige Häuser weiter zum Kantor.

Hier umfing ihn die alte Gemütlichkeit. Auf der bunten Tischdecke stand die Majolikalampe mit den gestickten grünen Lampenschirm. Der Tisch war an den Ofen gerückt, und der alte Kantor wärmte seine Füße an dem hellen Torffeuer. Ein Duft von gebratenen Aepfeln durchzog die Stube. „Es ist kalt draußen, hier ist es schön warm", sagte Jan, als er eintrat. Weil es auf Spätinghof so kalt und unfreundlich war, kam ihm das Kantorhaus doppelt warm und traulich vor.

Man rückte zusammen. Jan erhielt einen Stuhl neben dem Kantor. Frauke strickte heute; sie warf ihr Knäuel mit rascher Handbewegung auf den Tisch, daß es bis dicht vor Jans Platz lief. Lachend sah sie auf.

„Kommst du auch Sonntag nach Bähhof?" fragte sie.

„Ja, du auch?" gab er freudig überrascht zurück.

„Na, ich habe neben Liese Nissen in der Schule gesessen, deshalb besuchen wir uns mitunter noch, sonst verkehre ich nicht mit den Bauerntöchtern. Sie sind alle so reich und so stolz; ich passe nicht dazu."

„Wir verkehren auch nicht mit den anderen Bauern," sagte Jan. „Wenn Klaas Nissen nicht unser nächster Nachbar wäre, würde ich nicht hingehen."

Jan log. Und er wurde hinterher rot über seine Lüge. Ganz deutlich kam es ihm zum Bewußtsein, daß er mit Frauke's wegen hingehen würde.

(Fortsetzung folgt.)

Müller nehmt Porsch's Kinder- und Kernmehl

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221229-14/fragment/page=0005

Ein Polizeiwachtmeister vermißt.

Der Polizeiwachtmeister Wilhelm Marquardt von der Revierhauptmannschaft Süd (ehemalige Artilleriekaserne) wird seit der Nacht zum 21. Dezember 1922 vermißt. Er hatte am Abend des 20. Dezember im „Pfälzer Schiebgraben", Roberts-Franz-Straße, an einer Weihnachtsfeier teilgenommen, hat das Lokal nachts gegen 12½ Uhr verlassen und in der Absicht, nach seiner Wohnung in der Artilleriekaserne gehen zu wollen, sich um jene Zeit von Bekannten in der Robert-Franz-Straße getrennt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Marquardt befand sich in Zivilkleidern, dunkelblauem Jackettanzug, grauem Ueberzieher aus Militärtuch, schwarzen Schnürschuhen und grünlichem, weichem Hut. Bei sich führte er einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild. Er ist 24 Jahre alt, von kräftiger Gestalt, dunkelblond, hat Anflug von blondem Schnurrbart und vollständige Zähne. Da sich Marquardt bei Vorgesetzten und Kameraden des besten Ansehens erfreute, auch in durchaus geregelten Verhältnissen lebte, ist sein Verschwinden ganz unerklärlich. Es gewinnt den Anschein, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. An alle, die irgendwelche Angaben zur Aufklärung der Sache machen können, insbesondere solche, die Marquardt oder eine Person, die mit ihm personengleich sein könnte, nach dem 21. Dezember, nachts 12½ Uhr, gesehen haben, ergeht die dringende Bitte, sich alsbald bei der Kriminalpolizei in Halle, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 88, zu melden.

Um weiteste Verbreitung dieser Notiz in den Tageszeitungen der weiteren Umgebung wird gebeten.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises.

In der Sitzung des Ausschusses am 21. Dezember 1922 wurde unter Billigung einer Grundlohnzwischenfestsetzung für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember 1922 die aus der Bekanntmachung in der heutigen Nummer ersichtliche Stufeneinteilung genehmigt, für versicherungsfreie Familienangehörige die vollen Krankenhauskosten übernommen und der Höchstbetrag für kleinere Heilmittel und der Zuschuß für größere Heilmittel für Mitglieder auf das Dreifache und für Familienangehörige auf das einundeinhalbfache des Grundlohnes der jeweils höchsten Stufe festgesetzt. Weiter wurde satzungsmäß festgelegt, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, auf Verlangen des Vorstandes wöchentliche Abschlagszahlungen auf die fälligen Beiträge zu leisten. Die Aenderungen gelten vom 1. Januar 1923 an mit der Maßgabe, daß Anspruch auf Kassenleistungen nach einem Grundlohn von mehr als 500 Mk. erst vom 28. Januar 1923 an beginnt.

Am 1. Januar 1923 tritt auch die hausgewerbliche Krankenversicherung in Kraft. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die von ihnen beschäftigten Hausgewerbetreibenden, und diese wiederum die von ihnen hausgewerblich Beschäftigten innerhalb vier Tagen zur Kasse anzumelden.

Dem Frauenverein für den Saalkreis wurde für das Jahr 1922 ein weiterer Beitrag bewilligt und der Beitrag an den Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle zeitgemäß erhöht.

* **Die Gültigkeit der Fahrkarte vom 31. Dezember.** Für die Fahrpreiserhöhung am 1. Januar 1923 ist bestimmt, daß die vierzigtägige Gültigkeit der im Dezember zum alten Preise gelösten Fahrkarten nicht beschränkt wird. Diesmal kann mit einer solchen Karte innerhalb der Tage die Fahrt auch noch im Januar angetreten werden. Eine zum Beispiel am 31. Dezember 1922 gelöste Fahrkarte gilt bis zum 3. Januar 1923 zum Antritt und bis Mitternacht dieses Tages zur Beendigung der Reise.

* **Militärrentenzahlung bei der Post.** Die R- und H-Rentenquittungen für Januar und die folgenden Monate sind auf den doppelten Dezemberbetrag auszustellen. Für die ab 1. Januar 1923 angewiesenen Renten haben die Quittungen auf den doppelten Betrag der im Rentenbescheid angegebenen Summe zu lauten; Beträge unter einer Mark sind nach der vorgenommenen Verdoppelung auf volle Mark aufwärts abzurunden.

* **Freimarkenverkauf am Silvestertage.** Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß am Silvestertage bei den Postämtern 1 (Gr. Steinstraße), 2 (Thielenstraße) und 4 (Bernburgerstraße) der Postwertzeichenverkauf wie an Werktagen stattfindet.

* **Versorgungsgerichte und Reichsversorgungsgericht.** Durch weitere Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 30. Oktober 1922 ist über die Zuziehung von Frauen, die in der sozialen Fürsorge erfahren und mit dem Versorgungswesen vertraut sind, als Beisitzer der Versorgungsgerichte und des Reichsversorgungsgerichts Bestimmung getroffen. In allen Hinterbliebenenangelegenheiten dürfen Frauen mitwirken. Wie bei den Schöffengerichten dürfen jedoch bei den Versorgungsgerichten nicht beide Beisitzer Frauen sein. Der Reichsarbeitsminister hat ferner angeordnet, daß in den Urteilen der Versorgungsgerichte nicht nur darauf hinzuweisen ist, der Rekurs an das Reichsversorgungsgericht sei zulässig, sondern auch angegeben werden muß, innerhalb welcher Frist und bei welcher Stelle er einzulegen ist.

* **Die Strafberechnung bei gerichtlichen Verurteilungen.** Zum Zwecke der Strafberechnung bei gerichtlichen Verurteilungen ist es notwendig, den genauen Zeitpunkt des Beginns der etwa anzurechnenden Untersuchungshaft festzustellen. Da zur Untersuchungshaft auch diejenige Haft, die von der vorläufigen Festnahme an bis zur Eröffnung des Haftbefehls verhängt wird, sowie die Auslieferungshaft gehört, haben, wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund einer Verfügung des Ministers des Innern mitteilt, die Polizei- und Landjägereibeamten künftig bei jeder Festnahme neben dem Datum auch die genaue Tageszeit, zu der die Festnahme erfolgt ist, nach Stunden und Minuten in den Akten zu vermerken.

* **Erhöhte Arbeitsbelohnung für Gefangene.** Aus einer Verfügung des Justizministers teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit, daß in Abänderung älterer Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an der Höchstbetrag der Arbeitsbelohnung, die einem Gefangenen gutgeschrieben werden kann, für Zuchthausgefangene vom 4 Mk. auf 40 Mk., für Gefängnisinsassen von 6 Mk. auf 60 Mk. für den Arbeitstag festgesetzt wird.

* **Kein Nebenerwerb.** In den bürgerlichen Zeitungen tauchen öfters Inserate auf, in denen Firmen Personen suchen, die sich durch Nebenerwerb etwas verdienen wollen. Wer sich meldet, muß zuerst Geld ausgeben für „Probesendungen" usw. Der „Nebenerwerb" ist aber derart, daß wir vor ihm warnen müssen. Die Firma Otto Neudeck, Glimmerkarten-Großversand, Kotzbus B., schickt Ansichtskarten ins Haus, auf denen Glimer aufgedrückt werden soll, nachdem vorher mit einer Glasfeder die einzelnen Stellen mit Leim bestrichen worden sind. Die Karten werden per Nachnahme zugesandt. **Tausend Karten müssen zuerst mit 3000 Mark zuzüglich der Nachnahmegebühren bezahlt werden.** Sind sie fertig, so müssen sie der Firma franko eingeschickt werden. Derjenige, der durch diesen Nebenerwerb Verdienst erreichen will, hat also die doppelten Portokosten, die heute recht hoch sind, zu bezahlen. Er bekommt für das Beglimmern von 1000 Karten 400 Mk. Das heißt, die Firma gibt ihm, nachdem er 3000 Mk. gezahlt und die zweifachen Postgebühren entrichtet hat, 400 Mk. Die Firma schreibt, daß 1000 Postkarten in 8 bis 15 Stunden herzustellen seien. Ist das wahr, so werden ungeübte Personen mindestens 15 Stunden zu arbeiten haben. Sie kommen also — nach der Darstellung der Firma — auf einen Stundenlohn von 26 Mk. Und das, nachdem sie zuerst Geld für Probesendungen, Porto, aufgewandt und außerdem 3000 Mk. für die Karten bezahlt haben. Wer sich vor Geldverlust, Aerger und Mühe bewahren will, der lasse sich durch die Nebenerwerbsinserate nicht köbern.

* **Hundefleisch als Hammelfleisch.** In letzter Zeit ist von umherziehenden Händlern wiederholt frisches Fleisch als Hammelfleisch angeboten und zu hohen Preisen verkauft worden, das sich bei der amtlichen Untersuchung als Hundefleisch erwiesen hat und jedenfalls nicht einmal auf Trichinen untersucht war. Es wird vor dem Ankauf von Fleisch und Fleischwaren von umherziehenden, namentlich unbekannten Händlern dringlichst gewarnt. Die Bürgerschaft tut gut, an der Bekämpfung des gesundheitsschädlichen Treibens dadurch mitzuwirken, daß sie die Persönlichkeiten der Verkäufer durch den nächsten Polizeibeamten feststellen läßt.

* **Denkmalszerstörung.** In der Nacht zum 28. Dezember wurde das über der Jahnshöhle am Trotbaer Felsen angebrachte Relief des Turnvaters Jahn, sowie das große Turnerzeichen und die Einrahmung von Dieben gewaltsam heruntergerissen. Bei der Fortschaffung wurden die Diebe vermutlich überrascht, da die Gegenstände und die dazu benutzten Werkzeuge in der Nähe des Tatortes aufgefunden worden sind. Die Sachen sind vorläufig auf der Wache des Polizeireviers 8 sichergestellt.

Kaliische Filmschau.

U.-T.-Lichtspiele, Alte Promenade 11 a. Ab heute, Freitag, gelangt der historische Prachtfilm „Lucrezia Borgia" zur Aufführung. Die schöne und furchtbare Frau, die Tochter des Papstes Alexander VI., spielt Liana Heid, Konrad Veidt den ränkevollen und blutdürstigen Cesare Borgia, Bassermann den Papst und Paul Wegener den Micheletto.

Betts Bunte Bühne. Der beliebte Heinz Albany feiert am 30. Dezember seinen Ehrenabend. (Siehe Inserat.)

Wetter-Voraussage.

Das Wetter zu Neujahr.

Auch das Neujahrsfest wird uns noch kein rechtes Winterwetter bringen. Regen und Schnee werden um die Herrschaft streiten und die Temperatur zuerst etwas über Null, nachher etwas unter Null oder auf Null liegen, da der jetzt im Norden vorüberziehenden Störung zunächst eine weitere folgen wird, und zungenförmiger Hochdruck sich jetzt in SW befindet.

Sonnabend: Ziemlich mild, meist wolkig, zeitweise Niederschläge, meist Regen, windig. — **Sonntag:** Vorherrschend wolkig und trüb, Temperatur ziemlich mild, windig, meist Regen, nur vereinzelt Schnee. — **Montag:** Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas kälter, zeitweise etwas Schnee.

Die gigantische Munitionsfabrik.

Die Arbeiter haben den Anteil, den die Presse an ihrem Schicksal nimmt, verstehen gelernt. Eine moderne Zeitung stellt sich vom Gesichtspunkt der Arbeiter als eine gigantische Munitionsfabrik dar, in der die besitzende Klasse giftige Bomben und Gasgranaten zur Vernichtung ihrer Feinde erzeugt, und gerade so wie im Kriege die Kriegführung sich nach der geographischen Lage großer Munitionsfabriken und Depots richtet, konzentriert sich der Klassenkampf auf die Zeitungsredaktionen.

(Upton Sinclair in „Der Sündenlohn".)

Bei offiziellen Anlässen wird die Presse gern die siebente Großmacht. Wieso die siebente? Man könnte die Presse ebenso gut in die Linie der Großmächte ersten Ranges einreihen. Wenn in mathematischer Weise die Wirkung des gedruckten Wortes und sein Anteil an Menschheitsgeschichte zu erfassen wären — man würde erschrecken über die Tragweite und Durchschlagskraft der gedruckten Zeile. Die besitzenden Schichten haben das nicht nur längst begriffen, sondern haben sich die Presse in einer so weitgehenden Weise dienstbar gemacht, daß sich heute große Zeitungskonzerne in den Händen einzelner Großkapitalisten befinden, die Hunderttausende von Lesern mit kapitalistischen Gasgranaten benebeln. Hat die Arbeiterschaft verstanden, sich die aufklärende Macht des gedruckten Wortes in gleich starkem Maße dienstbar zu machen? Darauf gibt ein Buch ziffernmäßig Antwort, das kürzlich Dr. Ludwig Kantorowicz*) herausbrachte. In gründlicher Weise untersucht der Verfasser Wesen und Entwickelung der sozialdemokratischen Presse und beweist tabellarisch, **wie schwach die Presse der werktätigen Massen im Verhältnis zur Leserzahl der bürgerlichen Presse vertreten ist.** Wenn die Ziffern auch zum größten Teil aus der Vorkriegszeit stammen, so sind sie nichtsdestoweniger noch immer für die Gegenwart mahnend, da sich das Verhältnis infolge der Papierteuerung und des damit auch im bürgerlichen Leben bedingten Abonnentenschwundes durchaus nicht grundlegend geändert hat. Zahlen reden — seien wir also einige her: 1914 kamen in Preußen auf 2452 bürgerliche Zeitungen mit 42 sozialdemokratische, im industriellen Sachsen 9 auf 285 bürgerliche. Nach der Umwälzung (1920) kamen in Preußen auf 2220 bürgerliche erst 71 Blätter der SPD., 23 der USPD. und 17 der KPD., in Sachsen auf 278 bürgerliche Blätter 9 der SPD., 6 der USPD. und 8 der KPD. Die Abonnentenziffern standen in einem ähnlichen Mißverhältnis zueinander. Vergleicht man die Reichstagswahlergebnisse der Vorkriegszeit mit der Anzahl der Zeitungen anderer Parteien, so ergibt sich folgendes Bild:

	Stimmen 1898	Stimmen in Proz.	Zeitungen 1912	Stimmen in Proz.	Zeitungen in Proz.
konservative	859 000	11,7	9,6	1 126 000	9,2	5,6
Zentrums	1 455 000	18,7	9,5	1 991 000	16,3	11,6
nationalliberale	984 000	12,7	8,9	1 728 000	14,1	4,5
liberale	902 000	11,6	10,6	1 506 000	12,3	9,9
sozialdemokratische	2 107 000	27,2	1,6	4 250 000	34,8	2,2

Mit Ausnahme der Zentrums- und der sozialdemokratischen Presse sind die übrigen Zeitungen der andern Parteien von 1898 bis 1912 zurückgegangen. Daß trotzdem immer noch die sozialdemokratische Presse im Vergleich zu dem Kräfteverhältnis der andern Parteien erheblich schlechter dastand, zeigt folgende Berechnung: Es kamen im Jahre 1913 auf

4030 konservative Stimmen . . . . 1 Parteiblatt
3765 liberale Stimmen . . . . . 1 „
6964 nationalliberale Stimmen . 1 „
48 850 sozialdemokratische Stimmen 1 „

Will man die Verschiebungen sichtbar machen, die die Kriegs- und Nachkriegsjahre unter die Abonnentenzahlen gebracht haben, so könnte man für Sachsen die Ziffern der letzten Landtagswahl herbeiziehen. Danach kämen auf eine Wählermasse von rund zwei und einhalb Millionen abgegebenen Stimmen, von denen allein 1 060 249 auf die Sozialdemokratie entfielen, bei oberflächlicher Schätzung nicht mehr als etwa 200 000 Leser der sozialdemokratischen Presse Sachsens! Zweifellos ist heute der Abonnentenstand vieler sozialdemokratischer Blätter günstiger als im alten Deutschland, aber bedenkt man, daß etwa in Dresden, einer Stadt mit sozialdemokratischer Mehrheit im Gemeindeparlament, die Leser der bürgerlichen Blätter das Heer der sozialdemokratischen Abonnenten mindestens um das Vier- bis Fünffache überragen, so erhellt daraus, wieviel uns noch zu tun übrig bleibt.

Wir kennen die Gründe und wissen, was manche, die uns wählen, an sozialdemokratischen Blättern vermissen: den Sensationsrummel, den süßen vermischten Tratsch, den sentimentalen kitschigen Roman (die „schöne Geschichte!"), den Familienklatsch und die Inseratenwiese mit den Heirats- und Verlobungsanzeigen. (Wie ist doch die Zeitung so interessant!) Um so notwendiger ist's, daß unsere Anhänger unermüdlich für ihre Zeitung werben und ihre Vorzüge betonen: die einheitliche Betrachtung der Zeitereignisse von der Warte sozialistischer Weltanschauung, der wertvollere Roman, die Erziehung der Volksmassen zu höherer kulturoller Reife, **der unermüdliche Kampf für die Interessen der werktätigen Massen.**

Infolge der unheimlichen Papierpreissteigerungen hat auch die sozialdemokratische Presse schwer um ihre Existenz zu ringen. Die Arbeiterschaft könnte im Kampfe um die politische Macht weiter sein, wenn sich die **Differenz zwischen unserer Wählerzahl und unserer Abonnentenschar beizeiten verringert hätte** — aber geradezu ein Verhängnis wäre es für die werktätigen Massen, wenn sich dieses Mißverhältnis in dieser Zeit, da die Arbeiterschaft um die nackte Existenz ringt und die Reaktion zum Schlage ausholt, etwa verschlechterte. Denn, wie der amerikanische Dichter Upton Sinclair in einer Abrechnung mit der kapitalistischen Presse Amerikas schreibt: **„Eine moderne Zeitung stellt sich vom Standpunkt der Arbeiter als eine gigantische Munitionsfabrik dar..."**

*) Ludwig Kantorowicz. **Die sozialdemokratische Presse Deutschlands.** Eine soziologische Untersuchung. Verlag B. C. H. Mohr, Tübingen. 112 Seiten.

Aus der Provinz.

Merseburg. Das leidige Aufspringen. Beim Aufspringen auf die Straßenbahn kam der Arbeiter Schubert zu Fall und geriet unter die Schutzvorrichtung. Durch Mitschleifen wurde er nicht unerheblich verletzt, so daß er in das Krankenhaus überführt werden mußte.

Lauchstaedt. Autounglück. Der Garagenbesitzer v. Rugemont aus München verunglückte hinter der Schule von Klein-Lauchstaedt tödlich. Ein Chauffeur, der mit einem zweiten Wagen vorausgefahren war, vermißte plötzlich den Lichtschein des ihm folgenden Wagens und fand K. unter dem umgestürzten Wagen mit eingedrücktem Brustkorb und schweren Kopfverletzungen vor.

Weißenfels. Für die Errichtung einer Mittelschule wird hier von Beamten und Handwerkern mit großem Eifer gearbeitet. Durch Errichtung einer neuen Standesschule wird die Volksschule immer mehr zur Armen- und Proletarierschule degradiert. Wer begabte Kinder hat, mag sie in die Oberrealschule (oder ins Reform-Realgymnasium) schicken. Durch die Schaffung neuer selbständiger, von der Volksschule abgetrennter Mittelschulen wird ein verheißungsvoller Anfang des Ausbaues des Schulwesens im Sinne der Einheitsschule untergraben. Wenn man höhere Ziele erstrebt, schließe man der Volksschule ein neuntes Schuljahr an und richte sogenannte A-Züge ein für Begabte. Für den Ausbau des Schulwesens dürfen ausschlaggebend sein nur Eignung und Begabung, nicht aber religiöse, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Stellung der Eltern. Die dauernde Erhöhung des Schulgeldes wird hoffentlich bald dahin führen, daß dieses selbst in Fortfall kommt und eine Landesschulsteuer nach Maßgabe des Einkommens jedes Veranlagten zur Einführung gelangt. Dann erst öffnet sich allen Begabten die Möglichkeit zum Eintritt in höhere Schulen.

Torgau. Eine Berichtigung. Der Bezirksfürsorger Dreßinger sendet uns folgende Berichtigung: „Sie haben sich in letzter Zeit mehrfach in Artikeln über das Torgauer Kreiswohlfahrtsamt u. a. auch mit meiner Person beschäftigt. Letztmalig ist dies in der Nr. 71 vom 23. Dezember d. J. geschehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine Nachprüfung der gegen mich erhobenen Anschuldigungen am 11. d. M. in Gegenwart von Vertretern der Kriegsbeschädigtenorganisationen und der politischen Parteien stattgefunden hat. Das Ergebnis war, daß die Vorwürfe gegen mich sich als völlig unbegründet erwiesen haben, und die anwesenden Organisationsvertreter versprachen, die Anschuldigungen öffentlich zu widerrufen. Sollte ich mit dieser Angelegenheit weiter in Verbindung gebracht werden, so sehe ich mich gezwungen, gegen Sie und als Schwerkriegsbeschädigter leider auch gegen die Vertreter meiner eigenen Organisation strafrechtlich vorzugehen." — Diese Zuschrift des Herrn Dreßinger geht auf die Sache selbst und unseren Bericht in Nr. 71 nicht ein. Herr Dreßinger wurde neben den beteiligten Hauptpersonen nur einmal nebensächlich erwähnt. Wir veröffentlichen diese Zuschrift, die als Berichtigung nicht gewertet werden kann, da sie die Sache selbst nicht anders darstellt, ohne durch den § 11 des Preßgesetzes dazu verpflichtet zu sein. Im übrigen werden die beteiligten Organisationen die letzten Schritte einleiten. Ueber das Endergebnis werden wir berichten.

Falkenberg. Abgeblitzt. Gegen den Genossen Dietrich schwebte noch von den Tagen der Rathenau-Demonstration her ein Verfahren wegen Nötigung", eingeleitet von einem Industriegewaltigen unseres Kreises, dem Direktor der Bubiag. Der Herr Oberstaatsanwalt in Torgau teilte dem Genossen Dietrich mit, daß er das Verfahren eingestellt hat. Der Direktor der Bubiag ist somit mit seiner lächerlichen Anklage abgeblitzt.

Liebenwerda. Bereisung des Kreises durch den Regierungspräsidenten. Vor einigen Tagen bereiste Genosse Regierungspräsident Bergemann mit dem Oberregierungsrat Cohmann, Genossen Landrat Vogl und dem Kreisdezernten, Genossen Dietrich (Falkenberg) den Kreis Liebenwerda, um dessen Wirtschaftsleben kennenzulernen. — Da beim Kreiskraftwagen ein Achsenbruch stattgefunden hatte, wurde im letzten Moment auf Ansuchen von einem industriellen Werk des Kreises ein Kraftwagen geliehen, da sonst die Bereisung des Kreises hätte unterbleiben müssen. Das benutzt nun der Gehirnschmalz-Athlet Naumann und andere „prominente" SPD.-Größen des Ländchens, um dem Genossen Bergemann sowie den anderen Angehörigen unserer Partei die Verbrüderung mit der Schwerindustrie und die Absicht vom Proletariat vorzuwerfen. — Große Aufregung herrscht über diese Schandtat" verkünden die Moskowiter. Weitere Worte über diese an den Haaren herbeigezogene Sache erübrigen sich. Wir glauben nicht, daß ein vernünftiger Mensch dieses gruselige Geschwätz des Gewerkschaftssekretärs a. D. Naumann in Mühlberg, der jetzt eine Kordwarenfabrik mit flottem Betrieb in Mühlberg eröffnet und seinen Hauptabsatz bei den Großagrariern hat, für ernst nimmt.

Elsterwerda. Hemeter und die Deutschvölkischen. Zu unserer Meldung vom 16. Dezember, daß der deutschnationale Abgeordnete Hemeter zu den Deutschvölkischen übergetreten sei, erhalten wir folgende Zuschrift: „Ich habe weder in München gesprochen, noch bin ich zur Deutschvölkischen Partei übergetreten. Es gibt in München einen gewissen „Hemeter", der, soweit aus Münchener Pressenachrichten hervorgeht, sich innerhalb der Nationalsozialistischen Partei betätigt. Dieser „Hemeter" mag mit mir verwechselt worden sein, hat scheinbar die Veranlassung zu der von Ihnen gebrachten Meldung gegeben. Ich bin nach wie vor Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Reichstag. Hemeter, M. d. R." — Es war also nicht der Hemeter aus Elsterwerda, sondern der Hemeter aus München.

Ein starker Kampffonds

erhöht die Schlagkraft der Partei!

Jedes Parteimitglied muß es deshalb als seine Pflicht erachten, die Partei finanziell zu unterstützen.

Genossen! Verlangt von den Kassierern die

Einigungs-Marken!

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: i. V. Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für Halle u. Saalkreis: i. V. Herm. Lange; für den provinziellen Teil: Karl Garbe, für das Feuilleton: Herm. Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle/Saale, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192212 29-14/fragment/page=0006